

BLICKPUNKT ZUKUNFT

Herausgegeben von Werner Mittelstaedt

BLICKPUNKT ZUKUNFT

**Zeitschrift mit Beiträgen und Zeitdokumenten
zur Zukunfts- und Friedensdiskussion**

ISSN 0720-6194

Bestellungen für die Printausgabe
inkl. Porto: 7,- Euro / US-\$ 10,-
(Ab 10 Exemplare 50% Preisnachlass!)

Redaktion:
BLICKPUNKT ZUKUNFT
Werner Mittelstaedt
Ecksteins Hof 50
D-45721 Haltern am See

E-Mail: werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Die Ausgaben 1 – 63 sind als Volltext
im Internet vorhanden!

WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM

Gegründet 1980 von Werner Mittelstaedt

VIEWPOINT FUTURE

Ausgabe 63 · Februar 2016 · 36. Jahrgang

Editorial

Durch den erzielten Klimavertrag vom 12. Dezember 2015 in Paris (Klimagipfel COP 21) verpflichten sich 195 Länder der Welt die globale Erwärmung deutlich unter 2 Grad Celsius zu halten, um dadurch möglichst das Ziel von 1,5 Grad Celsius an zusätzlicher Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Wert zu erreichen. Ein auf dem Papier sehr schönes Ziel, weil es für das Leben und Überleben der Menschheit enorm wichtig ist. Des Weiteren wollen die 195 Länder die weltweiten Netto-Treibhausgasemissionen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auf null senken.

Aber der Klimavertrag ist für dieses Ziel bei weitem nicht ambitioniert genug. Die Erderwärmung würde sich nach Berechnungen von Klimaforschern bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf mindestens 2,7 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Wert erhöhen, wenn dieser Vertrag nicht gravierend verbessert wird. Im Vertrag finden sich keine wirklich echten Bemühungen, die Treibhausgasemissionen sofort durch Gesetze, Verteuerungen, drastische Energiesparmaßnahmen, stärkeren Ausbau regenerativer Energieerzeugung und vielen weiteren Maßnahmen zu senken. Stattdessen wurden im Pariser Klimavertrag die Ziele mehr oder weniger auf die Zukunft verlegt und sogar der weltweite Flug- und Schiffsverkehr wurde aus dem Vertrag ausgeschlossen.

Auch aus diesen Gründen sind wir mehr denn je aufgefordert, eigene Beiträge zu leisten, um die Treibhausgasemissionen zu senken. Wir sind ebenfalls alle aufgefordert, den Druck auf die Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik zu steigern, damit das Ziel, die globale Erwärmung dauerhaft deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Wert zu halten, erreicht werden kann. Wir müssen ihnen sagen, dass viel mehr gegen den Klimawandel unternommen werden muss und wir dazu bereit sind.

In dieser Ausgabe finden Sie, liebe Leserinnen und Leser ganz außergewöhnliche Beiträge, die dazu beitragen sollen, die Lebensbedingungen der Menschen auf

dieser Erde zu verbessern. Dabei wird auch auf den Klimawandel eingegangen.

Nehmen Sie sich die Zeit und lesen den außergewöhnlich wertvollen Beitrag von Uto Meier, die wichtige Rede von Reiner Braun über Jürgen Schneiders Engagement für eine bessere Welt oder den wichtigen Beitrag von Frank Eckardt über die Welt der Slums. Meine Fünfzehn Thesen zur Flüchtlingskrise, die erstmals am 30. September 2015 veröffentlicht wurden, haben leider an Bedeutung gewonnen. Wie immer in BLICKPUNKT ZUKUNFT sind auch in dieser Ausgabe wichtige Buchempfehlungen enthalten.

Werner Mittelstaedt

Inhalt:

WERTE – WISSEN – WISSENSCHAFT.
Warum wir nicht alles dürfen, was wir können
– und was „Verantwortete Wissenschaft“
heute leisten sollte

von Uto Meier

Impressum

Im Gedenken an Prof. Dr. Jürgen Schneider
von Reiner Braun

Die Welt der Slums:
Persistenz einer schwierigen Wirklichkeit
von Frank Eckardt

Fünfzehn Thesen zur Flüchtlingskrise
von Werner Mittelstaedt

Buchempfehlungen

Welthandelskonferenz:
Großes Drama, aber kleiner Fortschritt
WTO: Germanwatch begrüßt sofortiges Ende für
(fast alle) Exportsubventionen / Entwicklungsländer
verhindern Ausweitung der Agenda

WERTE – WISSEN – WISSENSCHAFT.

Warum wir nicht alles dürfen, was wir können – und was „Verantwortete Wissenschaft“ heute leisten sollte

von Uto Meier

Es sei mit einem modernen Gedicht begonnen, dessen Intuition interessanterweise eine sehr alte moralphilosophische Position trifft, die in dieser kritischen Reflexion über „Wissenschaftsethik heute“ ein wenig entwickelt werden soll:

Die gute Sache

wenn ich sehe
was alles
um der guten Sache willen
getan wird
dann denke ich
manchmal
es wäre
vielleicht eine gute Sache
wenn es überhaupt
keine
gute Sache
mehr gäbe

(Erich Fried. Aus: Lebensschatten. Gedichte. Berlin 1981)

Erich Fried greift hier ein zentrales Thema gegenwärtiger Verantwortungstheorien auf, die im Kern davon handeln, ob das, was wir als legitimiert ansehen und anstreben, also unser freies Handeln, von „letzten großen Zielen“ bestimmt sein soll, oder ob gerade in dieser Zielbestimmtheit – man sagt dazu in der praktischen Philosophie „Konsequentialismus“ – nicht selbst ein ernstes philosophisches Problem liegt.

Ich gehöre zu derjenigen Denktradition, die eine Begründung des Guten aus einem äußeren Zweck als problematisch erkennt, heiße dieser „große“ Zweck nun klassenlose Gesellschaft, oder reine Rasse oder Fortschritt oder Rendite. Wir alle kennen den Preis, den diese Denkfiguren in der Geschichte schon gekostet haben und immer noch kosten. Der Gulag, das KZ (vgl. dazu Wildt 2008) oder auch die Kinderarbeit der Millionen Kleinen, die für unsere Wohlfahrt die Teppiche, die Pflastersteine und die ach so feinen Schnäppchen produzieren, über die wir uns bei Tchibo und Aldi herzlich beim Shopping erfreuen.

Zwei Beispiele aus der gegenwärtigen wie jüngeren Geschichte will ich exemplarisch kurz heranziehen, um dieser Kernfrage – Ethik legitimiert aus großen Zielen oder Ethik legitimiert aus der Natur der Sache – und das zugrunde liegende Problem zu erhellen: Die Zerstörung der Städte von Hiroshima und Nagasaki im August 1945, die vor allem Zivilisten (be-)traf, wurde im amerikanischen Generalstab mit der nüchternen und sachlich korrekten Rechnung begründet, dass die langsame und verlustreiche Eroberung der besetzten Inseln des Pazifikraumes billiger zu haben sei: Indem man durch den Einsatz der beiden Atombomben der japanischen Regierung die Möglichkeit der Auslöschung ihrer Zivilisation und Kultur exemplarisch vorführt.

Die „Rechnung“ ging bekanntlich auf: Japan kapitulierte. Die Frage ist allerdings noch heute offen, ob eben der Zweck die Mittel heiligt. Meine Antwort – ich denke durch eine große abendländische Tradition gedeckt – heißt hier: Nein!

Und das lässt sich durchaus begründen mit einem Denkweg, der eben die Sittlichkeit einer Handlung nicht in der Erlangung des – durchaus guten und sinnvollen – Endzweckes, hier der Kriegsverkürzung, sieht, sondern das sittlich Gute, das wir in der Ethik vernunftgemäß begründen müssen, aus der jeweiligen sittlichen Beziehung, in der wir zueinander stehen, begreift (vgl. Spaemann 2001): Während Soldaten wissen, dass ihr Einsatz grundsätzlich ihr Leben kosten kann, und dies Teil des Gesellschaftsvertrages ist, wussten die 250.000 Kinder und Frauen und alten Männer, die im August 1945 dem vorzeitigen Kriegsende geopfert wurden (Totenzahlen bis 1950), davon nichts und sie wären auch nicht einverstanden gewesen – bzw. darf man davon nicht ausgehen –, dass sie den Preis der Kriegsverkürzung zu bezahlen hätten.

Das zweite Beispiel, das ich im Blick auf gegenwärtige Tendenzen heranziehen will, ist eine wenige Jahre alte spannende juristische Entwicklung in den USA, die die Pharma-Industrie betrifft: Nach dem jüngsten MSD (dem anerkannten US-Handbuch für die Definition und Diagnostik für Krankheiten), darf ein Mensch inzwischen nach drei Monaten mit Psychopharmaka behandelt werden, der beim Verlust eines geliebten Menschen ab dem 4. Monat immer noch Trauersymptome zeigt. Im letzten MSD waren es noch 6 Monate, vor 10 Jahren war es ein Jahr, das für die Trauerarbeit als normal angesehen wurde, im Übrigen ein Zeitraum, den alle mir bekannten Kulturen als Trauerzeit empfehlen. Was haben die beiden Beispiele miteinander zu tun?

Ich meine, hier ist zu sehen, dass in diesen Fällen ein instrumentelles Denken die Frage nach dem Ethischen und Verantwortbaren dominiert, das sich letztlich aus technischen bzw. betriebswirtschaftlichen Bewertungsmodellen erklärt. Natürlich ist ein Krieg billiger, der – so schätzte man damals – vier bis sechs Monate früher beendet wird. Natürlich ist es volkswirtschaftlich billiger – und für die anbietende Seite der „Stimmungskanonen“ in der chemischen Industrie lukrativer –, wenn Ärzte drei Monate nach einem Angehörigenverlust bereits Antidepressiva verschreiben dürfen, weil dies eben nur dann erlaubt ist, wenn das MSD die Normalität von Trauer in dieser Kürze definiert. Aber diese Denkfigur ist eine zweckrationale – und letztlich ökonomische – Größe, und eigentlich keine ethische Größe. Nein, es geht darum, was ist die Natur einer Beziehung zu einem unschuldigen Kind, auch wenn es das Kind von feindlichen Soldaten sein mag. Es geht darum zu klären, ob Trauerarbeit nicht ein dem Wesen des Abschiednehmens ureigenes Verhalten ist, das nicht weg medikamentiert werden darf, nur, weil Pharma-Interessen dahinter stehen oder auch weil eine bestimmte Konsumentenschicht ein infinitesimales Spaßverständnis vom Leben, trotz seiner Endlichkeit, haben mag. Deswegen war nach meinem Verständnis der Abwurf der Atombombe 1945 schwerstes Unrecht und deswegen ist auch die Trauer-Finito-Pille nicht verantwortbar. Es geht eben nicht um das „gute“ Endziel, sondern um die Frage, was entspricht dem Wesen einer Sache und der Würde eines Menschen. Und hinter dieser – wie man auch sagt –

konsequenzialistischen Orientierung des Sittlichen liegt die Annahme, dass alles einer klugen Güterabwägung unterworfen werden kann und unterworfen werden darf, die – wenn man sie nur konsequent genug denkt – keine Schranken mehr dem modernsten aller Prinzipien der Moderne setzen kann, das da heißt: Der Zweck heiligt jedes Mittel!

Historisch ist bekanntlich diese Philosophie im Utilitarismus verankert, dessen Gründungsväter – was nicht ohne Aufschluss ist – Jeremy Bentham und John Stuart Mill waren, beide Ökonomen, also quantitative Nutzenmaximierer.

„Gut ist, was nützt“, heißt das dann in letzter Konsequenz. Etwas vornehmer formuliert in der klassischen Formel von Jeremy Bentham von 1776, dem englischen Ökonomen, der die Folter für legitim hielt und die vollständige Erfassung und Überwachung aller Bürger mittels Tötowierung propagierte: *„It is the greatest happiness of the greatest number that is the measure of right and wrong“* (A Fragment on Government 1776/1977, S. 393). In den deutschen Diskursen wird dies mit der bekannten Formel: „Das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl“ wiedergegeben. Es stellt sich aber die Frage, ob das Gute wirklich nur Nutzenmaximierung ist?

Zu Recht wird nämlich gegen den Utilitarismus eingewandt, dass er letztlich unbeantwortet lässt, was denn für ein größtmöglicher Nutzen das sei, der für viele anzustreben ist? Nicht ohne Grund ist die Vermutung erlaubt, dass hier das Gute mit dem nützlichen (sprich: Rentablen) verwechselt wird. Ein Kategorienfehler, denn das Gute ist gut und nicht nützlich, nicht gesund, nicht fortschrittlich, nicht modern, sondern eben gut. Und dieses *„gut-als-gut-in-sich“* im Gegensatz zum *„gut-als-gut-für-etwas“* hat etwas mit dem Wesen einer Sache zu tun, mit dem ihr jeweils eigenen Sinn oder ihrer Bestimmtheit (früher sagte man dazu: Mit der Natur einer Sache): Ich halte daher die Überzeugung, dass man schon wisse, worum es letztlich bei allem gehe, für eine große Vermessenheit, vor allem dann, wenn diesem letzten Ziel alles untergeordnet wird.

Mein Verständnis von ethischer Verantwortung liegt im Gegensatz dazu darin, dass wir wieder stärker nach denjenigen Sollensforderungen fragen müssen, die im elementaren Wesen einer Sache, einer sittlichen Beziehung, bzw. der Zielsetzung und Sinnhaftigkeit eines individuellen oder institutionalen Handelns liegen müssen (vgl. dazu Spaemann 2008). Ich nenne diese moralphilosophische Position einen ethischen **„Elementar-Essentialismus“**, weil er davon ausgeht, dass wir durchaus erkennen können, in welchen Lebens-Feldern wir wesentliche Aufgaben und Positionen einfordern dürfen, die nicht der Beliebigkeit oder gar sachfremden externen Endzwecken anheimgestellt werden dürfen (vgl. dazu Meier 2014 und Lewis 1943/2003).

Vielleicht wird dann deutlicher, dass ein Autokonzern zuerst gute und umweltverträgliche Autos bauen soll, und nicht dafür meint verantwortlich zu sein, dass er mittels Einbau von struktureller „Lügensoftware“ in seinen Fahrzeugen eben die Rendite glaubt maximal erhöhen zu müssen oder neue Märkte – auf Teufel komm raus! – erobern zu müssen.

Vielleicht wird dann auch deutlich, dass Banken für die Versorgung der Realwirtschaft mit Kapital verantwortlich sind, und nicht für die lukrative Konstruktion von Derivaten, deren Sinn auch die Banker selbst nicht

mehr verstehen, auch wenn diese zwar hohe Renditen abwerfen können, aber letztlich nichts Anderes als gefährliche Wetten darstellen.

Vielleicht wird dann deutlicher, dass ein Bundespräsident als Repräsentant einer wertegebundenen Demokratie nicht sagen sollte, juristisch seien seine Urlaubs-, Flug- Buch- und Kreditschnäppchen in Ordnung, sondern er in besonderer Weise einer transjuristischen Moral verpflichtet ist, die kein formales Wahrheitsverständnis ansetzen darf, sondern nach dem Wesen des Amtes als einem Amt der Integration und der unbedingten Wahrhaftigkeit vor den Werten des Grundgesetzes fragen muss.

Am ärztlichen Ethos sei dieser hier vertretene Elementaressentialismus abschließend exemplarisch illustriert (vgl. Meier 2015), bevor ich an diesen Beispielen das Wissenschaftsverständnis grundsätzlich befragen möchte. Was hat ein Arzt also zu tun?

In Syrien – und vorher auch schon in den Gulags der Sowjets wie in den KZs der Nationalsozialisten – in Syrien ist man in diesen Tagen nicht erfreut, wenn der Amts-Arzt seine Visite macht: Denn er ordnet sich dem großen Ziel unter, mit Hilfe seiner ärztlichen Kunst die Gegner der Regierung zum richtigen Verhalten zu bringen: Er fühlt sich vermeintlich verantwortlich, in den Folterorgien der Geheimdienste die Gegner des Assad-Regimes möglichst lange am Leben zu erhalten, damit die Regierung auch alle Informationen von ihnen herausquälen kann. Jeden nicht pathologisierten Menschen beschleicht das Grauen, wenn man in den Nachrichten davon hört, was in den Verhörzentren derer geschieht, von denen wir sagen, sie seien zu allem fähig. Jeder Mensch, der nicht traumatisiert groß geworden ist, weiß intuitiv darum, dass die Rolle des Arztes eben zuallererst in seinem ureigenen Auftrag besteht, Leiden zu heilen, und dort, wo dies nicht möglich ist, Leiden zu mindern. Und für die Konsequenzen seines heilenden Handelns ist er eben nicht verantwortlich. So wenn etwa ein Mensch, dessen Leben er rettet, Kosten verursacht, wenn und weil er pflegebedürftig ist; er ist nicht dafür verantwortlich, wenn der Behandelte wieder seine Frau betrügt oder politisch unangenehme Fragen stellt. Ja, er ist nicht dafür verantwortlich, wenn der Geheilte sogar wieder einen Bankeinbruch begehen sollte oder politisch andere Ziele verfolgt.

Gut im Sinne von *Ethisch-Gut* handelt der Arzt, der seiner elementaren Rolle, dem Wesen seines Berufes, nachkommt und Leiden mindert oder heilt und sich eben nicht für welche auch immer geartete Optimierungsstrategie eines äußeren Zweckes instrumentalisieren lässt. Insofern sind hier auch bereits Grenzen einer totalitären Güterabwägung ersichtlich, die nicht mehr statthaft sind: Der Arzt darf eben nicht die Rolle anderer – durchaus grundsätzlich legitimer – Forderungen übernehmen, etwa die eines Staatsanwaltes, der einen illegal eingereisten Menschen in sein Heimatland verbringen lassen muss, weil eine völlig grenzenlose Einwanderung die Stabilität eines Landes in Frage stellen würde. Wenn ein Arzt, der einen traumatisierten Flüchtling heilt, seine Heilkunst anwendet, dann darf er nicht Staatsanwalt sein wollen. Er ist es nämlich nicht. Und der großen Kirchenlehrer und Heilige, Thomas von Aquin, lehrt uns demütig, wie das denn zusammengehe, dass sowohl die eine Seite (der ärztliche Heilungsauftrag) wie die andere Seite (die Rechtserzwingung durch die Staatsgewalt) Recht haben könne: Das, so Thomas von Aquin, das wisse nur Gott allein

(vgl. Summa theologia I-II, quaestio 19, articulus 10; dazu expliziter Spaemann 2001, 399f). Dieses Denken findet derzeit sogar eine interessante Renaissance bei durchaus religionskritischen Denkern wie Peter Sloterdijk, wenn er in seiner Kritik der zynischen Vernunft schreibt: „Wo die Lebenstendenz mit der des Sterbens ringt, braucht der Kranke einen Verbündeten, an dessen vorbehaltlose Verschwörung mit dem Leben er glauben kann.“ (Sloterdijk 1983, 490f). Vorbehaltlosigkeit wird hier eingefordert, ein Begriff der kaum in das gängige Denken eines „anything goes“ der Postmoderne passt. Die Moderne hat leider diese alte antike und christliche Skepsis aufgehoben in ihren totalitären Versuchen, den vermeintlich erkennbaren Sinn des letzten Besten zu erkennen, und tendiert – immer noch – dazu, allen anderen Verpflichtungen und sittlichen Beziehungen diese eigene Letztbestimmung in unkritischer Hybris aufzuzwingen. Letztlich hebt diese Universalteleologie – so nennt man Versuche, den letzten Sinn einer Zweckoptimierung aller Handlungen definieren zu können – die fundamentale Unterscheidung zwischen technischen Normen und sittlichen Normen gänzlich auf.

In den moralphilosophischen Debatten der Gegenwart stehen sich derzeit diese beiden hier kurz skizzierten Positionen immer noch gegenüber: Mit Peter Sloterdijk teile ich die Menschen am besten in zwei Kategorien ein: In solche, die die Menschen in zwei Kategorien teilen, und solche, die das nicht tun. Ich gehöre zur ersten Kategorie, und ich teile die Menschen grundsätzlich in Gesinnungsethiker und Verantwortungsethiker ein.

Nähern wir uns also vorsichtig dem folgenreichsten moralphilosophischen Begriffspaar in der Moderne. Der Spannung zwischen Verantwortungsethik und Gesinnungsethik: Max Weber hat in seiner berühmten Schrift, bzw. Rede vom 28. Jan. 1919, „Politik als Beruf“ im revolutionären München-Schwabing, die bekannteste aller modernen Moralbegriffe etabliert (Weber 1919/2010, S. 56ff).

Max Weber „verstand unter **Verantwortungsethik** die Einstellung eines Menschen, der bei seinen Handlungen die Gesamtheit der voraussichtlichen Folgen in Betracht zieht, der also fragt, welche Folgen insgesamt unter dem Aspekt des Wertgehaltes die besten sind und der dementsprechend handelt, und zwar auch dann, wenn er dabei etwas tun muss, was, wenn man es isoliert betrachtet, schlecht genannt werden müsste. Verantwortungsethisch handelt nach Weber zum Beispiel ein Arzt, der dem Patienten die Unwahrheit über seinen Gesundheitszustand sagt, weil er fürchtet, er werde die Wahrheit nicht vertragen; (...). **Gesinnungsethisch** dagegen handelt der Pazifist, der unter keinen Umständen bereit ist zu töten, sogar dann nicht, wenn die Ausbreitung des Pazifismus auf einer Seite die Kriegsgefahr erhöht. Er argumentiert, dass es keinen Krieg gäbe, wenn alle Pazifisten wären, und daß schließlich einmal einige damit anfangen müßten.“ (Spaemann 2004, 63f)

Man könnte pointiert formulieren, dass Verantwortungsethik den Primat auf die Verantwortung der Folgenabwägung legt, Gesinnungsethik Handlungen kontextunabhängig bewertet. Max Weber hielt die Grundentscheidung für eine dieser Moral-Typisierungen für exklusiv, ja er sah sie als letzte Gegensätze (wobei er meinte, neun von zehn Gesinnungspolitikern seien Windbeutel!).

Diese beiden Positionen sind in der Gestalt des „**Verantwortungsethikers**“ gegenüber dem „**Gesinnungsethiker**“ seit Max Webers berühmten Aufsatz von 1919 Allgemeingut der politischen wie ethischen Diskurse der Moderne geworden: Der Verantwortungsethiker (z.B. der Politiker) muss ständig abwägen, er kann nicht, wie der Heilige, seinen Prinzipien treu bleiben und mit einem „Hier stehe ich. Ich kann nicht anders!“ sich von den Folgen seines Handelns dispensieren. Bisweilen sehen sich Wissenschaftler so: Als Heilige, die ja nur die Wahrheit über die Welt und den Menschen erforschen. Max Weber glaubte noch, die beiden Positionen schlossen sich aus: Man ist entweder Heiliger (oder Überzeugungstäter vor einem unbedingten Auftrag) oder Politiker (oder Manager), der ständig abwägen muss vor den vielen Interessen, die es zu vereinen gilt.

Ich möchte hier für eine Vereinbarkeit dieser vermeintlich inkompatiblen Grundpositionen werben, allerdings mit einer gewichtigen Einschränkung, wie später zu zeigen sein wird.

Zuerst wäre es töricht, wenn wir nicht realistisch zugestehen würden, dass Güterabwägung ein sinnvolles wie notwendiges ethisches Prinzip wäre: Diesel- oder Verbrennungsmotoren, Jura- oder Physikstudium, Elmex oder Colgate, Stadtwohnung oder Landhaus, Bach oder Mozart, die schlanke Monika oder die kluge Laura, ständig wägen wir ab und ziehen das für uns „bessere“ vor, durchaus auch in wirklich ethisch ernste(re)n Feldern: Sind Studiengebühren sinnvolle Solidarbeiträge der später Besserverdienenden oder muss jede Bildungschance vom Staat Vollkasko finanziert werden? Militärisch intervenieren in Syrien oder auf Sanktionen bauen? Es zeigt sich, eine kluge Kasuistik gehört zu einem vernünftigen Leben als Mensch. Entscheidend(er) ist daher eher die folgende Distinktion: „Für welche und für wie weitreichende Folgen der Handlung trägt der Handelnde Verantwortung?“

Die Frage, die sich hier stellt, ist nämlich folgende: Gibt es Wirklichkeitsbereiche, wo wir nicht mehr – in kollektiven Meinungsbildungsprozessen – etwa mehrheitlich abstimmen dürfen? Die westlichen Verfassungen – und nicht nur diese – kennen seit der Magna Charta von 1215 Bereiche im Leben, die nicht mehr Mehrheitsentscheidungen zugänglich sein dürfen: Wir nennen diese Werte seit 1776 und der amerikanischen Verfassung eben unveräußerliche Menschenrechte, auf die ein unbedingter Rechtsanspruch besteht, der eben nicht mehr vorschnellen Optimierungserwägungen oder Mehrheitsbescheiden geopfert bzw. untergeordnet werden darf. Bekanntlich dürfen die deutschen Grundwerte in Art. 1 – 19 GG in ihrem Kerngehalt nicht angetastet werden. Die Problematik einer Güterkollision im Grundwerte-Bereich möchte ich hier nicht diskutieren, sie stellt ein eigenes Feld dar.

Was bedeuten diese Überlegungen nun für eine Ethik der Wissenschaften, näherhin der Naturwissenschaften, die nicht nur an den Annuarien der großen Physiker unserer Zeit (Albert Einstein, Werner von Braun, Robert Oppenheimer) Anlass zu kritischem Disput geben?

Zuerst bedarf es einer kleinen Phänomenologie des Wissenschaftlers als dem primären Subjekt einer Wissenschaftsethik (die ergänzt werden muss durch eine Ethik der Wissenschaftskultur bzw. des Wissenschaftssystems, für die der einzelne Wissenschaftler schon gar nicht mehr alleine verantwortlich sein kann). Ich möchte hier absehen von den wissenschaftsethisch

internen methodischen Forderungen und Dimensionen, die die ethischen Standards von Forschung betreffen, also etwa der

- wahrheitsverpflichteten Objektivität, der
- Angabe der hypothetischen Prämissen, der
- grundsätzlichen Falsifizierbarkeit der Theorie, der
- wiederholbaren Kommunikabilität der Erkenntnisse, der
- Klärung, inwieweit der Induktionsschluss gilt, der
- Methodik des Forschungsdesigns, den
- Attribuierungsfragen und der Konstruktvalidität usw. usf. (hierzu vor allem Chalmers 2007 und Schüle/ Reitze 2005).

Ich möchte hier stärker die gesellschaftliche Verantwortung des Wissenschaftlers thematisieren, der für seine Arbeit, wie jeder Mensch, keinen rechtsfreien wie ethikfreien Raum beanspruchen kann, weil wir – zumindest seit den arbeitsteiligen technischen Zivilisationen des Westens – Wissenschaft keineswegs mehr in jungfräulicher Unschuld betreiben: Zwar gilt natürlich das oben genannte Postulat, dass ein Wissenschaftler zuerst seine Rolle, und das ist hier die Erforschung der Wirklichkeit und ihrer Gesetze über valide Theorien, zu erfüllen hat. Insofern könnte man durchaus sagen, was die Verarbeitung der gewonnenen Erkenntnisse in der Technik angeht, dafür ist Wissenschaft nicht haftbar zu machen. Doch ist dieser Verantwortungs-Dispens durch Arbeitsteilung – hie wertfreie Wissenschaft: dort schmutzige Technik – nicht mehr haltbar. Die Unschuld einer wertfreien Wissenschaft ging etwa in Deutschland endgültig verloren mit der weltführenden deutschen Chemie am Anfang des 20. Jahrhunderts, als diese sich wie ein wissenschaftlicher Oberprimaner völlig den Kriegsforderungen des militaristischen Wilhelminismus unterwarf. Der spätere Nobelpreisträger für Chemie, Prof. Fritz Haber, ging in die Geschichte auch als „Vater des Giftgases“ ein, das er den deutschen Militärs einsatzgerecht erfand. Fritz Haber (1868-1934) erhielt den Nobelpreis 1919 für die Ammoniak-Synthese, die sowohl die Düngemittel- wie Sprengstoffherstellung revolutionierte (und vieles deutet darauf hin, dass der Freitod von Habers Frau, Clara Immerwahr, die selbst Chemikerin war, mit dem Umstand der Mithilfe ihres Gatten in der Wegbereitung zum Giftgas zu tun hat.). Im Frühjahr 2012 wurde vielerorts des 100. Geburtstages von Wernher von Braun gedacht, der sowohl als „Vater der Mondfahrt“ Weltruhm erlangte, wie auch als willfähriger Erfinder der V2-Rakete im NS-Regime die Janusköpfigkeit des neuzeitlichen Wissenschaftlers verkörperte, der keine Grenzen in einer ausufernden Güterabwägung mehr akzeptieren konnte und wohl auch nicht wollte. Wernher von Braun und sein Protegé, General Dornberger, rechtfertigten sich nach dem Krieg immer – vor allem im Blick auf die tausenden Opfer, die allein die V2-Produktion im Konzentrationslager Dora-Mittelberg forderte – mit dem decouvrierenden Argument: „...daß wir Raketen für militärische Zwecke entwickeln mussten, haben wir immer nur als Umweg betrachtet. Wir wussten, dass die Pioniere der Fliegerei in der ganzen Welt den gleichen Umweg beschreiten mussten.“ (Ruland 1969: 71). Instrumentelle Vernunft nannte Jürgen Habermas ein solches Denken einmal, denn eine instrumentalisierte Moral kann man aus der unbegrenzten Abwägung unserer Handlungsbegründungen hier unschwer identifizieren; eine Moral,

die letztlich wieder dem Prinzip huldigte, dass der Zweck die Mittel heilige.

Dieser Verlust der wissenschaftlichen Unschuld führte bei Karl Popper zum Postulat einer notwendig wertgebundenen Wissenschaft, die ihre Legitimation eben nicht aus dem reinen Erkenntnisfortschritt schöpfen darf, sondern sich zum einen aus Wahrheitssuche (allerdings über die implementierte Skepsis der Theorie-Falsifikation), zum anderen aber aus der Lösung von Problemen und aus der Minderung von Leid und Übeln verstehen soll.

Robert Oppenheimer (1904 – 1967), maßgeblicher Kopf im „Projekt Manhattan“ zur Entwicklung der amerikanischen Atombombe, war wahrscheinlich eine der tragischsten Figuren im Wissenschaftsbetrieb der Neuzeit, die das Problem der Verantwortlichkeit des Wissenschaftlers existentiell durchleben musste: Nach dem Abwurf der beiden Atombomben über Hiroshima und Nagasaki (125.000 Soforttote, allesamt Zivilisten, ca. 100.000 weitere Tote in Folge schwerster Strahlenverletzungen) versuchte Oppenheimer die Entwicklung der Wasserstoffbombe zu verhindern, weil er seine Mitarbeit an dieser Forschung nicht mehr moralisch verantworten konnte. Literarisch hat bekanntlich Heinar Kipphardt 1964 diese Figur in seinem Drama „In der Sache J. Robert Oppenheimer – ein szenischer Bericht“, vor allem unter verantwortungstheoretischen Fragestellungen, luzide ästhetisch verarbeitet.

Wir dürfen also nicht mehr davon ausgehen, dass heutiges wissenschaftliches Forschen kontextlos das aristotelische Ideal der reinen Erkenntnisgewinnung betreiben kann. Dass die reine Erkenntnisgewinnung sogar erkenntnistheoretisch ein Wunschbild ist, wissen wir nicht erst seit Kants großer Kritik an der vermeintlich objektiven Erkenntnis, sondern auch über Jürgen Habermas' kluger Analyse des Zusammenhangs zwischen Erkenntnis und Interesse.

Folgende Merkmale scheinen mir konstitutiv für den modernen Wissenschaftsbetrieb, wie ihn ausdifferenzierte technische Zivilisationen de facto betreiben (vgl. Schüle/Reitze 2005 und Beckers 1999):

a) Forschung steht heute erheblich unter Auftragsvorgaben und Zweckbestimmungen: Es ist nicht so, dass ein Pharmakologe einfach entscheiden könnte, er forscht jetzt über Malaria-Erreger, um den Ärmsten dieses Planeten ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Nein, sein Konzern gibt strategisch vor, welche Bereiche einen künftigen Markt haben. Und das kann ja eher Viagra für 80jährige sein, wenn hier Marktchancen winken sollten. Marktzwänge bestimmen Forschungsziele! Und auch die noch etwas unabhängigeren Forschungseinrichtungen der Universitäten sind über Drittmittelwerbungen den Gebern thematisch durchaus „verbunden“. Natürlich gibt es Grundlagenforschung, doch auch diese ist – z. B. in ihren Zielsetzungen – gegenüber den öffentlichen Geldgebern legitimationspflichtig.

b) Diese Zweckbestimmung hat natürlich auch grundsätzlich ihre Berechtigung: Wir alle wären wahrscheinlich nur zum Teil noch am Leben, wenn nicht Alexander Fleming 1928 die Penicilline und ihre bakteriocide Wirkung entdeckt hätte. Und nicht nur diese evident lebenserhaltende „Erfindung“ (besser: Findung) hat unser Leben positiv verändert, auch andere Forschungsergebnisse, wie der Prozessor in der IT-Welt, die Herzkreislumpumlaufmaschine, die Waschmaschine,

das Web, das Auto, überall sind wir konfrontiert mit zivilisatorischen Prozessen, die erheblich unser Leben – meist positiv – beeinflussen und beeinflusst haben. Das Durchschnittsalter steigt bekanntlich – im reichen Norden und Westen – ständig an. Aber die Verarmung auf der Erde nimmt auch zu: Zwei Milliarden Menschen leben von 2 Dollar am Tag! Noch nie lebten – in absoluten Zahlen – so viel Menschen in bedrückendster Armut. Und noch nie hatten so viele Menschen so wenig Zugang zu sauberem Wasser, auch wenn es Ansätze kleiner Trendwenden zu geben scheint.

c) Ja der Fortschritt ist grundsätzlich janusköpfig, wie wir seit der Erfindung der Atombombe, seit Fukushima, seit dem Bewusstsein für den dräuenden „climate change“, seit der Erkenntnis, dass der derzeitige Wohlstand auf Kosten der Biodiversität, oft auf Kosten schwächerer Gesellschaften (Bangladesch und seine Schnäppchen-Hemden für uns), ja sogar auf Kosten unsere Kinder und Kindeskindern geht, wie die zuspitzende Klimaverschiebung hinreichend zeigt. Wissenschaftsergebnisse zeitigen Kollateralschäden. Und dies grundsätzlich und nicht, weil jemand in der Reaktorzentrale mal eingeschlafen ist.

d) Forschungsstrukturen können heute nur in Verbundstrukturen – jedenfalls im naturwissenschaftlichen Bereich – effizient arbeiten. Damit muss man sich als Forscher-Einzelpersonlichkeit zuerst einmal dem wissenschaftlichen Mainstream „beugen“, auch wenn – wie bei Alfred Wegener sichtlich – die Außenseiterposition durchaus ihre Chance bekommt. Die Veränderbarkeit der Dinge durch einzelne Forscherpersönlichkeiten ist schwieriger geworden, systemische Effekte bestimmen den Wissenschaftsbetrieb erheblich mit. Das heißt, wir müssen von einer individualen zu einer korporativen Verantwortlichkeit kommen. So wie Unternehmen haften, wenn einzelne Mitarbeiter Fehler machen (man denke an „Diesel-Gate“ bei VW), so müssen auch Forschungseinrichtungen in präventive Verantwortlichkeit genommen werden, wenn Sie nicht widerlegen können, dass ihrer Erfindung inhärent primär(!) destruktives Potential innewohnt.

e) Forschung steht auch im Wettbewerb der öffentlichen Meinung; bevor Gelder fließen, braucht man heute ein gutes Marketing über die Relevanz eines Themas, d.h., es ist angesagt, Alleinstellungsmerkmale seines Erkenntnisgewinnes herauszuarbeiten, die die öffentliche Meinung und den gewünschten Mainstream auch bedient. Und dieser transportiert eben auch berechnete wie problematische „No-Goes“ von Forschungszielen.

f) Und Forschung ist von politischen Zielen abhängig, die von Mehrheiten und anderen Einflussgrößen bestimmt ist. Ein Beispiel: Lange Zeit gab es in Bayern keine Fördermittel für Forschung zu solarer Energiegewinnung, weil eben die Atom-Lobby starken Einfluss unter Franz Josef Strauss hatte. Und wo Wernher-von-Braun seine Millionen akquirierte, um Raketenantriebe zu testen, das ist inzwischen hinreichend bekannt.

g) Und schließlich und letztlich: Die Wissenschaft der Moderne zeigt erheblich größere Veränderungsreichweiten, als dies die Menschheit es bisher je in ihren zivilisatorischen Entwicklungsschritten vermochte zu initiieren (vgl. Jonas 1984). Wenn ein Architekt des Pharaos einen Quader in der Cheopspyramide falsch

einpassen ließ, dann krachte halt im schlimmsten Fall ein großes Grabmal zusammen. Wenn heute ein Genforscher den menschlichen Grippevirus mit einem Pockenerreger mal schnell paaren würde, kann dies das Ende der menschlichen Zivilisation bedeuten. Es muss anerkannt werden: Wir müssen nüchtern konstatieren, dass die Ergebnisse moderner Wissenschaft und Technik ein größeres Irreversibilitätspotential haben, als dies je der Fall war. Wenige Stichworte dazu: Ein AKW kann man nicht so schnell abbauen, der Rückbau von Fukushima dauert 40 Jahre, eine ganze Folge-Generation muss die Entscheidung ihrer Eltern abtragen, eine Entscheidung, zu der sie nie gefragt worden ist. In Lothringen bauen die Franzosen gerade ein atomares Endlager: Das muss 200.000 (!) Jahre sicher sein. Ethisch versuchen wir diese neue Herausforderung im Begriff der Nachhaltigkeit zu fassen, was besagt, dass wir die Entscheidungsfreiheiten der Nachgeborenen nicht verringern dürfen. Und die Nachhaltigkeitsfrage zeigt sich in vielen Bereichen: Ein Ozonloch drohte uns, weil wir Kühlschränke erfanden; die Endlagerung der hochradioaktiven Abfallprodukte ist immer noch die große Verdrängungslüge der Atomenergie-Euphoristen und bedroht – wie nicht nur Fukushima zeigt – die Lebensräume vieler Menschen über Generationen; der Holzeinschlag im Amazonas-Becken wird das Weltklima verändern ...

Vor diesem Hintergrund einer nicht mehr ganz so objektiven Situation eines verantworteten Forscherlebens möchte ich thesenhaft diejenigen ethischen Kriterien entwickeln, die ein wissenschaftliches Arbeiten heute als „Rahmenordnung“ wohl braucht, um nicht in den oben skizzierten Abhängigkeitsverhältnissen das zu verlieren, was Wissenschaft nicht sein darf, nämlich potentielle Assistenz der Dehumanisierung unserer Zivilisation oder gar explizites Instrument zu einer Gegenmenschlichkeit. Damit distanzieren mich deutlich von der Position, die da sagt, wer das Messer erfunden habe, sei doch nicht verantwortlich für den Mord, der mit einem Messer begangen werde. Das mit dem Messer mag ja noch stimmen, wenn man die Dual-use-Problematik in den Blick nimmt, die nicht einfach ist, wie sich bei der grünen und weißen Gentechnik zeigt: Wir alle wollen die Weiterentwicklung von guten Medikamenten, aber nur wenige von uns stehen einer chemiebehandelten Hochleistungs-Möhre ohne Skepsis gegenüber.

Doch schon bei Hegel findet sich in seiner Rechtsphilosophie ein feines Argument, warum ein Philosoph nicht sagen kann, seine rechte Hand habe doch nur einen trockenen Grashalm zum Glühen gebracht. Wer um die – notwendigen und absehbaren – Folgen seines Handelns und seiner Handlungsreichweiten weiß, ist für diese verantwortlich, zumindest im Gebot einer wahrheitsorientierten Kommunikation der Potentialitäten seiner Erfindung. Deshalb, die Bauer und Erfinder von „Fat Man“, der Atombombe, die über Hiroshima explodierte, tragen Mitverantwortung für die Tötung Tausender, da sie ja eben nicht im luftleeren Raum Kernspaltung betrieben haben, sondern wussten, dass diese Bombe aus den Labors von Los Alamos zum Einsatz kommen wird. Es war Mitarbeit an einem Massenvernichtungsmittel. Natürlich trägt höhere Verantwortung, wer die Ziele des Abwurfes festgelegt hat, aber dieses Forschungsprojekt und ihre Betreiber können sich nicht so einfach von der Verantwortung für den Tod tausender Nicht-Kombattanten freisprechen.

Im Einzelnen scheinen mir die folgenden Orientierungsgrößen sinnvolle Leitplanken für eine ethische Vergewisserung wissenschaftlicher Arbeit:

1. Jedes Wissenschaftliche Engagement sollte sich nicht an einer allgemeinen Weltverbesserung über einen undifferenzierten Fortschrittsbegriff orientieren („Nach dem Mond müssen wir unbedingt zum Mars!“), sondern sollte sich die Kategorie eines **menschengemäßen Fortschritts** als Leitbild zu eigen machen. Denn Wissenschaft ist dem Menschen und seinem Weltverstehen verpflichtet, dies setzt aber Weltachtung voraus. Entsprechend in der Ökonomie des Wachstums: Welche Forschung hilft einem differenzierten Wachstum? Noch mehr 2-Tonnen-Autos, um einen 75-Kilo-Mensch wie mich in die Oper zu befördern?

2. Seit Immanuel Kants großer Erkenntnis, dass wir im kategorischen Imperativ ein Fundament haben, das vernünftige Menschen eigentlich nicht unterschreiten können, muss auch für die Wissenschaft gelten: **Jede Ver zweckung von Menschen ist untersagt**. Forschung – etwa bei der Atombombe – die Menschen auf bloße Zwecke von vornherein reduziert, kann nicht akzeptiert werden. Dies gilt vom Menschenversuch bis zu Wissenschaften, die zu wissen meinen, was der bessere Mensch sei (Enhancement-Medizin etwa). Dazu kommt der ethische Lackmus-Test, ob das einzelne wissenschaftliche Arbeiten in seiner Methodik und seinen Folgen verallgemeinerbar ist.

3. Demokratische Gesellschaften kennzeichnen sich – idealiter – dadurch, dass über unbedingte Verbindlichkeiten der Gesetzgeber befindet, weil nur hier der vorgängige Austausch der besseren Argumente – gefiltert durch die öffentliche Debatte – zum Gesetz führt, ohne dass vorschnell nicht legitimierte Interessen sich durchsetzen. Das **Legalitätsprinzip** gilt damit auch und gerade für Rahmenordnungen des Wissenschaftsbetriebes wie des einzelnen Forschungsprojektes.

4. Seit Jürgen Habermas ist evident, dass eine Ethik diskursive Rahmenbedingungen braucht, um alle Anspruchsgruppen in geeigneter Weise zu Wort kommen zu lassen. **Öffentlichkeit** wirkt wie Licht und Luft, um dem Schimmel von enger Interessenwissenschaft und ihrer denkbaren Funktionalisierung vorzubeugen. Wissenschaftliche Ziel-, Inhalts- und Methodendebatten müssen öffentlich bleiben. Nur dann kann eher davon ausgegangen werden, damit legitime und legitimierte Wissenschaft betrieben wird. Geheime Forschung ist daher grundsätzlich delegitimiert. Was vertretbar ist, kann auch öffentlich gemacht werden!

5. Seit 3000 Jahren lehren Judentum und Christentum – wie im Übrigen auch alle anderen Weltreligionen – dass die **Goldene Regel** die Brille schlechthin ist, um unterscheiden zu können, was das Gute vom Bösen trennt: Auch Wissenschaftler sollten sich fragen, ob sie mit den Ergebnissen ihrer Arbeit selbst konfrontiert werden möchten; ob die Ergebnisse ihrer Arbeit grundsätzlich auch von ihnen angenommen werden könnten. Hier ist im Kern ein Beweislastumkehrverfahren beinhaltet, das besagt, Wissenschaft steht auch vor der präventiven Forderung zu klären, warum die Implementierung ihrer Ergebnisse in technischen Umsetzungen sinnstiftend ist und wo destruktive Potentiale wahrscheinlich werden (können).

6. Dem korrespondiert das **Fairness-Prinzip**: Nicht nur Gerechtigkeitsfragen sind immer noch zu beantworten, wenn eine neue Erkenntnis sich Bahn bricht. Unter der Prämisse, dass es um ein für alle Beteiligten langfristig „faires Spiel“ geht, hat John Rawls die einfache Frage gestellt, ob wir uns nicht davon bewegen lassen müssen, was ein Mensch mir raten würde, der es mit mir gut meint, der keine „Aktien im Spiel“ hat (Der berühmte „Veil of ignorance“). Dieses Kriterium ist zwar ein Soft-Kriterium, aber es kann erhellen, ob wir langfristig mit unserem Tun Akzeptanz vor einer Unabhängigkeitsinstanz gewinnen können.

7. Auch wenn der **Utilitarismus** immer in der Gefahr steht, dass das einzelne Verhalten dem großen Ganzen geopfert wird – und die unmittelbare Verantwortlichkeit aus der jeweiligen Beziehung und Situation nicht wahrgenommen wird – so treibt ihn doch auch ein demokratischer Grundgedanke: das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl fordert Wissenschaft heraus, ihre Erkenntnisse in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen, dessen Früchte allen zugänglich sein sollen. Mondflug oder Malariaforschung? Dieser Frage muss man sich im fairen öffentlichen Diskurs stellen.

8. Und neu hat sich am Ende des letzten Jahrtausends die große Frage nach der Verantwortung vor der Freiheit der nächsten Generation gestellt. Seit Hans Jonas und seinem epochalen Werk können wir der Frage nicht mehr ausweichen, dass das ethisch Vertretbare auch den Einspruch der nächsten Generation (und vielleicht auch des Selbstwertes der Lebensvielfalt!) antizipieren muss, wenn **ein ökologischer Imperativ** unsere Handlungen bewertbar machen will und wir das **Prinzip Nachhaltigkeit** als unbedingte Pflicht unseres Tuns begreifen müssen.

9. Dem Theologen sei es gestattet, am Ende einen spirituell-ethischen Maßstab zu formulieren, der interessanterweise nicht wenige Wissenschaftler bestimmt hat: **Der eschatologische Ausblick: Würde ich es rückblickend wieder tun können?** Kann ich also – in einer ernsten Vorwegnahme meines Lebensrückblickes – am Ende meines Lebens sagen: das würde ich wieder tun wollen? Diese Empfehlung des Hl. Ignatius von Loyola steht natürlich nur Menschen offen, die ihr Leben als Ganzes für sinnverwiesen halten, aber ich denke, dass dies doch die allermeisten nicht ignorieren wollen und können, dass ihr Leben am Ende ein Gutes gewesen sein möge.

Abschließend möchte ich den großen Kernphysiker Robert Oppenheimer (Spiritus Rector der Atombombe in Los Alamos) zitieren, der auf seinem Totenbett zu einem Freund sagte: „Ich bin in ethischen Fragen inzwischen bestimmter als je zuvor – obwohl diese auch schon damals bestimmend waren, als ich an der Bombe arbeitete. Heute weiß ich nicht, wie ich mein Leben beschreiben soll, ohne ein Wort wie Verantwortung zu verwenden. ... Verantwortung ist bedeutungslos ohne Macht. Das mag nur die Macht sein, die man hat über das, was man selbst tut – doch Wissen, Reichtum, Muße, sie wachsen nur in dem Bereich, in dem Verantwortung vorstellbar ist.“ (Bird 2009, 570).

© Uto Meier, 09/01/2016

Über den Autor:

Prof. Dr. Uto Meier ist Professor für Religionspädagogik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Fragen der "Ethischen Bildung" und Wege der "Religionsitätsforschung bei säkularisierten Jugendlichen".

Kontakt:

Prof. Dr. Uto Meier
Professur für Religionspädagogik
Kath. Universität Eichstätt-Ingolstadt
85072 Eichstätt
E-Mail: Uto.meier@ku.de

Verwendete Literatur:

ASSLÄNDER, Michael (2011): Grundlagen der Wirtschafts- und Unternehmensethik. Marburg (Metropolis)
ALBRECHT, Stephan / BARTOSCH, Ulrich / BRAUN, Reiner (2008) (Hg.): Zur Verantwortung der Wissenschaft – Carl Friedrich von Weizsäcker zu Ehren. Beiträge des 1. Hamburger Carl Friedrich von Weizsäcker-Forum. Berlin (LIT-Verlag)
BECKERS, Eberhard u.a. (1999): Pluralismus und Ethos in der Wissenschaft. BIRD, Kai (2009): J. Robert Oppenheimer, die Biographie. Propyläen Verlag Berlin
BRIESKORN, Norbert SJ (1997): Menschenrechte. Eine historisch-philosophische Grundlegung. Kohlhammer, Stuttgart (Kohlhammer)
BRANTL, Johannes (2001): Verbindende Moral. Theologische Ethik und kulturvergleichende Humanethologie. Freiburg i. Br.
BOWIE, Norman E. (1999): Business Ethics. A Kantian Perspective. Malden
BUSS, Eugen (2007): Die deutschen Spitzenmanager. Wie sie wurden, was sie sind.
Herkunft, Wertvorstellungen, Erfolgsregeln. Oldenburg
CARRIER, Martin (2008), Wissenschaftstheorie zur Einführung.
CHALMERS, Alan F. (6. Aufl. 2007): Wege der Wissenschaft. Einführung in die Wissenschaftstheorie.
Herausgegeben und übersetzt von Niels Bergemann und Christine Altsötter-Gleich. Berlin/Heidelberg/New York
GIRARD, René / GIANNI Vattimo (2008): Christentum und Relativismus. Freiburg
HABERMAS, Jürgen (1983): Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln. Frankfurt
HEUERMANN, Hartmut (2000): Wissenschaftskritik. Konzepte Positionen Probleme, Tübingen und Basel: A. Francke
HÖFFE, Otfried (1989): Schulden die Menschen einander Verantwortung? Skizze einer fundamentalethischen Legitimation. In: Lampe, Ernst-Joachim (Hg.), Verantwortlichkeit und Recht. Opladen 13 – 35
HÖFFE, Otfried (2002): Lexikon der Ethik. 6. neubearbeitete Auflage. München
HÖFFE, Otfried (2003): Einführung in die utilitaristische Ethik. Tübingen 3. Auflage
HÖFFE, Otfried (2007): Lebenskunst und Moral – oder macht Tugend glücklich? München 2007
JONAS, Hans (1984): Das Prinzip Verantwortung. Frankfurt

KLEIN, Stefan (2008): Die Glücksformel. Oder wie die guten Gefühle entstehen. Gütersloh
KOENIG, Matthias (2001): Menschenrechte. Frankfurt/Main
KÜNG, Hans (2010b): Anständig wirtschaften. Warum Ökonomie Moral braucht. München/Zürich
LEWIS, C.S. (2003): Die Abschaffung des Menschen. Einsiedeln 5. Auflage 2003 (engl. Original: The abolition of man. Oxford 1943)
MEIER, Uto (2010): Vieles ist abzuwägen, manches nie. In: Uto Meier und Bernhard Sill, Führung. Macht. Sinn. Ethos und Ethik für Entscheider in Gesellschaft, Wirtschaft und Kirche. Regensburg, Seiten 313 – 328
MEIER, Uto (2014): Why democracy cannot work without unconditional values: On moral boundaries and ethical guideposts for a post-secular generation. In: Religion long forgotten. The importance of religion in education towards civil society. Ed. By Dariusz Stepkowski and Andrzej Murzyn. Cracow 2014, 53 – 87
MEIER, Uto (2015): Ethik – Ethos- Effizienz. Eine Fundamentalreflexion über die Verantwortung ärztlichen Tuns. In: Phlebologie 2015; 44: 29 – 36 (Keyword-speech zum Phlebologenkongress 2014 in München).
NEUFELDT, Michael J. (2009): Wernher von Braun. Visionär des Weltraums – Ingenieur des Krieges. Berlin (Siedler)
PAGANO, M. Anthony (1987): Criteria for Ethical Decision Making in Managerial Situations
A paper presented at the Academy of Management Meetings New Orleans, LA August 1987
PFORDTEN, Dietmar von der (2010): Normative Ethik, Berlin/New York (de Gruyter)
RAWLS, John (1975): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M.
RULAND, Bernd (2. Aufl. 1969): Wernher von Braun. Mein Leben für die Raumfahrt. Offenburg 1969
RUSSEL, Bertrand (3. Aufl. 2011): Philosophie des Abendlandes. Zürich
RUSSEL, Bertrand (3. Aufl. 2011), Philosophie des Abendlandes. Zürich
SCHOCKENHOFF, Eberhard (1996): Naturrecht und Menschenwürde. Universale Ethik in einer geschichtlichen Welt. Mainz
SCHOCKENHOFF, Eberhard (2000): Zur Lüge verdammt? Politik, Medien, Medizin, Justiz, Wissenschaft und die Ethik der Wahrheit. Freiburg (Herder)
SCHOCKENHOFF, Eberhard (2007): Grundlegung der Ethik. Ein theologischer Entwurf. Freiburg i.Br.
SCHRÖER, Christian (2005): Verantwortung – Profil eines komplexen Begriffes. In: Uto Meier / Bernhard Sill (Hg.), Zwischen Gewissen und Gewinn. Werteorientierte Personalführung und Organisationsentwicklung. Regensburg 2005, 333 -345
SCHÜLEIN, Johann August / REITZE Simon (2. Aufl. 2005): Wissenschaftstheorie für Einsteiger. Wien (WUV UTB)
SLOTEDIJK, Peter (1983): Kritik der zynischen Vernunft. Zweiter Band. Frankfurt (Suhrkamp), Kapitel 4: Der Medizinizynismus
SPAEMANN, Robert (2008): Moralische Grundbegriffe. München (Beck)
SPAEMANN, Robert (1994): Philosophische Essays. Stuttgart
SPAEMANN, Robert (2001): Grenzen. Zur ethischen Dimension des Handelns. Stuttgart
SPAEMANN, Robert (2011): Nach uns die Kernschmelze. Hybris im atomaren Zeitalter. Stuttgart
WEBER, Max (1919/2010): Politik als Beruf. Elfte Auflage (Berlin) 2010.
WICKLER, Wolfgang (1971 u.ö.): Die Biologie der zehn Gebote. München
WILDT, Michael (2008): Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. 2. Auflage Hamburg (= Habilitationsschrift 2001 Universität Hannover). Erste Auflage 2003

Impressum BLICKPUNKT ZUKUNFT© ISSN: 0720-6194

Herausgeber: Werner Mittelstaedt (W.M.)

Redaktionsanschrift: Ecksteins Hof 50,
D-45721 Haltern am See

E-Mail: Werner.Mittelstaedt-GZS@t-online.de

Website: www.blickpunkt-zukunft.com

Redaktion: Werner Mittelstaedt (v.i.S.d.P.),
Mechthild Mittelstaedt, Karin Schmidt

Herstellung und Gestaltung:
Werner Mittelstaedt

Druck: Multionline GmbH
Schützenhofstraße 103 d, 26133 Oldenburg

Diese Zeitschrift ist aus 100% chlorfrei gebleichtem Papier hergestellt worden, das bei der Herstellung die ISO-Norm 14001 erfüllt.

Copyright: Alle Rechte beim Herausgeber
Werner Mittelstaedt

Erscheinungsweise: 2 Ausgaben im Jahr.

Nachdruckerlaubnis: Nachdruck, auch auszugsweise, von nicht ausdrücklich mit Nachdruckerlaubnis ausgewiesenen Artikeln nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder die des Herausgebers wieder.

Artikel für BLICKPUNKT ZUKUNFT werden nur berücksichtigt, wenn sie mit einem Textverarbeitungssystem (WORD, WORKS, Word Perfect, Text) erfasst wurden und via CD-Rom, USB-Stick oder E-Mail zur Redaktion versendet wurden.

BLICKPUNKT ZUKUNFT wird kostenlos an interessierten Personen und Institutionen verteilt und ist im Internet als Volltext-Version im PDF-Format unter www.blickpunkt-zukunft.com aufrufbar.

Spenden: Sparda-Bank West eG
IBAN: DE29360605910000385620
BIC: GENODE1SPE
Stichwort: BLICKPUNKT ZUKUNFT

Konferenz Migration – Frieden – Human Security
20.-22. November 2015
Georg-August-Universität Göttingen
Beitrag aus der Abschlussveranstaltung vom 22. November 2015

Im Gedenken an Prof. Dr. Jürgen Schneider, Universität Göttingen
und Vereinigung Deutscher Wissenschaftler – VDW
von Reiner Braun

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Professor Dr. Jürgen Scheider wurde am 28.8.1938 geboren. Er verstarb am 16.3.2015.

Er war von 1976 bis zu seiner Pensionierung 2003 Hochschullehrer am Institut für Geologie und Paläontologie der Universität Göttingen.

Mit Ausdauer und Intensität, mit Leidenschaft und vielfältigem Engagement setzte er sich für den Frieden, den Erhalt der Umwelt und die globale Abrüstung ein. Er betonte immer wieder die besondere Verantwortung für die großen Herausforderungen der Menschheit, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowohl als Staatsbürger wie auch aus professioneller Kompetenz als Wissenschaftler haben, damit meinte er besonders den Erhalt einer lebenswerten Umwelt und eine Welt ohne Krieg und Atomwaffen.

Auf der damals einmaligen internationalen Konferenz am 7. und 8. Juli 1984 in Göttingen „Verantwortung für den Frieden – Naturwissenschaftler warnen vor der Militarisierung des Weltraums“ hatte sein Vortrag das für ihn bezeichnende Thema „Naturwissenschaftler haben die Pflicht zu warnen“. Erinnern wir uns einen Moment an die Zeit Sommer 1984: Hochrüstung und Konfrontation, neue Atomwaffen in Ost und West und jetzt angekündigt in der Rede des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan auch noch Waffen im Weltraum.

Jürgen stürzte sich in die Vorbereitung dieses Friedenskongresses – wie später oft wieder – aber dieses Mal an seiner eigenen Universität mit besonderem Engagement.

In seiner Rede formulierte er es so: „Dass Naturwissenschaftler vor gefährlichen Entwicklungen warnen, dass sie ihre Verantwortung wahrnehmen, dass sie sich verpflichtet fühlen, sich den Luxus des Gewissens zu leisten, hat eine gute Tradition“ und er verwies dann

- Auf die Göttinger 18 und ihre Aufmerksamkeit erregende Erklärung der Göttinger 18 von 1957
- Und auf den, die Friedensbewegung beeinflussen und eine ganze Generation von engagierten Wissenschaftlern übrigens Jung und Alt prägenden Mainzer Appell gegen die neuen Atomwaffen von 1983, den Jürgens übrigens maßgeblich mitgeprägt hatte.

Aus Beidem zog er den Schluss, der heute immer noch und angesichts der Modernisierung der Atomwaffen erst Recht gilt: „Nach dem Atomkrieg ist alles zu spät“

Schlussfolgend aus dieser grundsätzlichen Friedensüberzeugung formuliert er in seiner Göttinger Rede 1984 und ich würde sagen abgewandelt sicher hunderte Male immer wieder auf seinen vielen Vorträ-

gen an Universitäten, Schulen, bei den Bürgerinnen und Bürgern auf Veranstaltungen, auf Demonstrationen und in Kirchengemeinden: „Wertfreiheit ist eine Fiktion. Auch Schweigen ist eine Stellungnahme“ und fasste seine Gedanken zur Verantwortung zusammen, in dem Satz, den Erich Fried, Linus Pauling mitprägten. Die Wissenschaftler und jetzt Zitat „Sie sind nicht nur verantwortlich für das, was sie tun, sondern auch für das, was sie widerspruchslos hinnehmen“.

Dies ist vielleicht der Satz, der Leben, Wirken und Engagement von Jürgen am besten zum Ausdruck bringt und der ihm immer eine hohe auch moralische Autorität verliehen hat. Hoch aktuell angesichts der Kriege auf dieser Welt, der Gefahren einer Klimakatastrophe und der Flüchtlingsentwicklung, stellen sie uns doch in ihrer dialektischen Verknüpfung vor vielleicht historisch zu bezeichnende Herausforderungen.

Dieses Engagement und die Kraft es gegen viele Widerstände innerhalb und außerhalb der Universität ein Leben lang durchzuhalten, lag sicher auch an dem großen moralischen Impetus von Jürgens Leben und Wirken.

In der Göttinger Rede von 1984 drückte er es folgendermaßen aus: „Die Zerstörung der natürlichen und der sozialen Umwelt schreitet erschreckend fort. 40.000 Kinder sterben täglich an Hunger, das heißt alle drei Tage ein Hiroshima für die Kinder dieser Erde. 130.000 Menschen insgesamt verhungern jeden Tag, das heißt jeden Tag ein Hiroshima. Zugleich sind im Jahre 1983 2,8 Billionen Mark für Militär und Rüstung ausgegeben worden. Alle zwei Stunden waren es 630 Millionen Mark. Fünf bis 10 Prozent aller Rohstoffe werden dem Militär geopfert. Die Tendenz steigt, Schwindel erregend. Wenn wir so weitermachen, dann werden wir dem Militär in wenigen Jahrzehnten so viel an natürlichen Rohstoffen überlassen müssen, wie derzeit auf der ganzen Erde produziert werden. Wovon sollen dann unsere Kinder leben?“

Dem ist sicher kaum etwas hinzuzufügen oder vielleicht doch

- Die Rüstungsausgaben 2014 betrugen nach SIPRI Zahle 1,75 Billionen Dollar/Euro
- Wer Kriege sät wird Flüchtlinge ernten! Beschreibt sicher im Sinne von Jürgen Scheider den Wahnsinn der Entwicklung aktuell, aber insbesondere nach dem 11.09.2001.
- Die von Jürgen so ersehnte Nachhaltigkeit von Produktion und Konsumption ist noch lange nicht Realität, sie ist oftmals ein Propagandamonster und die Wachstumsrhetorik und Euphorie feiert neue Triumphe auf Kosten des kleinen blauen Planeten.

Jürgens Verständnis von Verantwortung war aber kein nur analytisch-wissenschaftliches, sondern er

wollte dazu beitragen, dass die „Welt täglich ein wenig besser wird“ (Auszug aus seiner Rede auf dem Marktplatz am 7.7. 1984).

Deswegen griff er in seiner Rede in Göttingen 1984 einen Gedanken von Linus Pauling, vielleicht der Wissenschaftlerkollege, den er neben Albert Einstein am meisten schätzte und den er bei diesem Kongress in seinem Haus persönlich und bei mehreren Veranstaltungen kennen und schätzen lernen durfte. Dieser Gedanke von Linus Pauling lautete: „Keiner darf denken, dass die eigene individuelle Anstrengung vergebens sein wird.“

So beendet Jürgen Schneider seine Ausführungen im Juli 1984 in der Göttinger Universität mit dem folgenden Satz: „Wenn wir in gemeinsamer Anstrengung immer mehr werden, die Verantwortung in Engagement und Handeln umsetzen, dann können wir etwas erreichen, dann werden wir etwas bewegen.“

Dieser – angesichts der Mauern, an denen wir uns oft blutig reiben – so notwendigen Ermutigung möchte ich nur hinzufügen: er hätte sich über unser Engagement für die Flüchtlinge und diesen Kongress zu Frieden und Migration mehr als gefreut, hätte ihn aktiv mit vorbereitet und würde jetzt hier sitzen.

Lieber Jürgen: wir werden in Deinem Sinne weiter wirken für den Frieden, die Umwelt und die Menschlichkeit.

Herzlichen Dank.

Über den Autor:

Reiner Braun ist Geschäftsführer der IALANA und Co-Präsident des IPB.

E-Mail: Hr.Braun@gmx.net

Die Welt der Slums: Persistenz einer schwierigen Wirklichkeit von Frank Eckardt

Armut und Stadt scheinen untrennbar miteinander verbunden zu sein. Unlösbar und unveränderbar. Die wortwörtliche Zementierung von sozialen Ungleichheiten setzt sich im globalen und lokalen Kontext fort. In seiner dramatischen Weise versinnbildlicht dies der „Slum“. Ohne Zweifel sind die eklatantesten und unwürdigsten Bedingungen menschlichen Lebens in den Slums zu sehen, die durch die UN-HABITAT-Studie aus dem Jahr 2003 mit dem Titel „Challenge of Slum“ dokumentiert sind. Das Leben in benachteiligten Stadtteilen wird in seinem globalen Ausmaß eindringlich vor Augen geführt. Die dort beschriebenen Zustände sind nur allzu bekannt und medial präsent. Die grundlegende Logik der modernen Sozialgeographie, wonach Menschen in Bezug zur ihrer räumlichen Zugang zu Gütern wie Anerkennung, Positionen oder nützliche Kontakte bedacht werden, hat sich anscheinend nicht grundlegend verändert. Dennoch: Eine solche Globalperspektive ist problematisch, weil sie uns weniger die Ursachen für die jeweiligen Umstände erklärt als die Ungerechtigkeiten anprangert. Trotzdem halten wir diese Dramatisierung für berechtigt.

Die Inszenierung menschlichen Leids ist Teil unseres westlichen Umgangs mit Katastrophen. Die Beschreibung und Medialisierung von Orten als Inbegriff von Ungerechtigkeit geht allerdings mit einer problematischen normativen Interpretation einher. In der klassischen Tragödie diente dieser Akt des Sehens von (gespielten) Leid auf der Bühne der moralischen Reinigung, da hier jemand anderes (der Schauspieler) stellvertretend und antizipierend Unheil durchlebte und handlungsweisend überlebte. Wenn wir die Analyse gesellschaftlicher Ungleichheiten als Ausdruck struktureller Gewalt jedoch ernst nehmen, dann ist eine solche Personalisierung von Unglück im theatralischen Sinne unangebracht. Das Konzept der antiken Katharsis in Filmen wie „Slumdog Millionaire“, „Cidade de Deus“ oder andere Doku-Dramen über Slums zu sehen, die entlastet uns emotional von der weiteren Beschäftigung mit dem Thema. Da wir uns aber nicht mit den Ursachen des Elends auseinandersetzen, ermöglicht die Katharsis aber kein Handeln. Gegenmodell: Der moderne Held hingegen führt seine

rational als richtig erachteten Taten aus, wie Dr. Bernhard Rieux in Camus' „Die Pest“. Dabei glaubt er nicht einmal an eine Überwindung des Unglücks. Eine solche Haltung liegt aber den meisten Anti-Slum-Programmen und -Diskursen nicht zu Grunde. Die Moralisierung ist heute eher sublimiert. In unseren heutigen Medien ist der Slums nicht mehr die Unterwelt der Antike, sondern wird passiv in die operativen Hände von Ärzten, Polizei und Stadtplanung übergeben. Aus dem Inferno und den Höllenqualen im Tartaros wurde der Slum zu einem Synonym für Schmutz und - christlich aufgeladen - ein Ort von Sünde und Vergehen.

Der Slum der Moral

Der Begriff des „Slums“ verdeutlicht diese moralistische Perspektive in seiner relativ jungen etymologischen Historie. Schon im 19. Jahrhundert war der Slum kein normaler Ort, sondern ein Raum, der von Außenstehenden mit emotionalen Projektionen – Angst, Schrecken, Ekel und Faszination, Aufregung, Nervenkitzel – überzogen wurde. Slums sind stigmatisierte Orte. Für deren Bewohner haben sie aber eine eklatant andere Bedeutung. Der Slum war von jeher ein Stachel im Fleisch eines selbstverliebten Bürgertums, das die eigenen Privilegien nicht in Frage stellen wollte. Die pure Existenz von Orten, an denen die Rechtmäßigkeit der bürgerlichen Vorrechte in Frage gestellt wurde, hat dazu geführt, dass man etwa im viktorianischen London Slum-Besuche organisierte. Zugleich waren Polizei, Stadtplaner und Mediziner versucht, durch Planungen, Untersuchungen und Kartographierungen die „gefährlichen“ Orte im East End Londons zu kontrollieren.

In der Progressive Ära in den USA (zum Ende des 19. Jahrhunderts) begannen Soziologen in Chicago diese moralistische Sichtweise, die man als eine Art internen Kolonialismus bezeichnen kann, auf zwei Weisen in Frage zu stellen: In ethnographischen Studien kamen zum ersten Mal Slum-Bewohner selbst zu Wort. Ihre Motive und ihr Verhalten wurde dadurch verständlich und war dadurch nicht mehr exotisch. Zum anderen setzte man die Slums in einen Bezug zur

gesamten Stadtentwicklung. Eine klassische Studie aus den 1920er Jahren beschäftigte sich deshalb mit „The Gold Coast and the Slum“, wobei zwei sozial vollkommen gegensätzliche Stadtteile – getrennt nur durch eine Straße – verglichen wurden. Dort, im Norden Chicagos leben die Reichsten und die Ärmsten (italienischen) Einwanderer nebeneinander. Für die Chicagoer Stadtsoziologen war der Slum aber keine persistente Raumfigur. Sie sahen den Slum als einen notwendigen Ort an, an dem zunächst Einwanderer ankommen und überleben können. Nach Möglichkeit verlassen sie diesen auch wieder, um bessere Wohn- und Lebensbedingungen woanders zu finden. Der Slum war nur dann problematisch, wenn er nicht verlassen werden konnte. Ohne Zweifel steckt in dieser Sichtweise ein typischer amerikanischer Optimismus und etwas vom „American Dream“, wonach „es“ jeder schaffen kann. Schon bei der Erklärung, warum es trotz aller sozialer Mobilität eine Beharrlichkeit des „Black Belt“ gibt, in denen die afroamerikanischen Einwanderer aus den Südstaaten verharren, wurde den Soziologen schmerzhaft bewusst, dass es keinen Automatismus der sich selbstauflösenden Slums gibt.

Dennoch kann man im Rückblick auf diese ersten Forschungen Schlussfolgerungen formulieren und Schwierigkeiten definieren, die bis heute für die Slumforschung von Bedeutung sind: Der jeweilige Diskurs über Orte impliziert gesellschaftliche Hierarchie- und Normalitätsverständnisse, die die Sichtweise auf Menschen maßgeblich prägen. Diese können dazu führen, jede Form von Gesellschaftspolitik in einer problematischen Weise auf ihre räumliche Dimension zu beschränken, sie zu verräumen. Damit werden die „unsichtbaren“ und nicht-räumlichen sozialen Ordnungen in einer Nachbarschaft/Slum eher undeutlich. Beispielsweise, wenn soziale Probleme als Ursachen einer räumlichen (Sozial-)Ordnung gesehen werden (sog. „ecological blindness“). Nach dem Motto: jemand ist arm, weil er oder sie in einer armen Nachbarschaft lebt. Und nicht etwa, weil im Land große Arbeitslosigkeit herrscht. Der umgekehrte Fehler in der Analyse lässt sich ebenfalls konstatieren: soziale Probleme in einer Nachbarschaft oder die Identifikation eines Raums als Slum wird dann nur als Ergebnis abstrakter, nicht-lokaler globaler Ungleichheiten gesehen. Dieser ist oftmals in neomarxistischen Theorien auffindbar. Slums sind dann nur als Ausdruck der ungerechten Handels- und Finanzordnung der Welt zu sehen. Dies führt zu einer Differenzblindheit, in der zwischen einem „Slum“ in der europäischen Urbanität und der existenziell-bedrohlichen Lebenslage im Globalen Süden nicht mehr unterschieden werden kann. Das prominenteste Beispiel hierfür ist der Essay „Der Planet der Slums“ des amerikanischen Stadtforschers Mike Davis (s. Eckardt. 2013). Für die moralisierende und expressive politische Rhetorik mag eine solche duale Arm-Reich/Zitadelle-Slum-Dichotomie publizistisch hilfreich sein. Zugleich offenbart sie aber auch eine fatalistisch-apokalyptische Gesellschaftsvision, in der nur die Revolution als ein Weg aus der globalen Misere der Slums führen könnte. Während ökologisch blinde Slum-Analysen den Bezug zu globalen Strukturen der Ungleichheit nicht herstellen (können), vermögen solche Analysen keine lokalen und individuellen Handlungsperspektiven mehr zu bieten. Gibt es eine Alternative zu den dystopisch-utopischen Diskursen?

Der globale Slum

Soziale Ungleichheiten auf globalem Niveau haben heute viele Erscheinungsformen und lassen sich anhand vergleichender Statistiken sehr anschaulich machen. Die ungleiche Verteilung manifestiert sich vor allem mit Bezug auf materielle Ressourcen, Gesundheitssorge, Bildung und Arbeit. Sie kennzeichnet eine sich im internationalen Vergleich geographisch trotz vieler humanitärer und politischer Programme und Initiativen erschreckend unveränderte Landkarte. Zwischen dem Globalen Norden und Süden haben sich nur ansatzweise durch das Aufsteigen der Mittelklasse in Ländern wie China oder Brasilien die Gewichte verschoben. Dabei ist durch die fast vollkommene Liberalisierung der Weltmärkte die räumlich-politische Zentralität der Nationalstaaten ab den 1990er Jahren teilweise in Frage gestellt worden. Die Globalisierung – verstanden als „Globaler Fluss“ von Gütern, Menschen, Symbolen – hat sich neue Räumlichkeiten mit neuen sozialen Grenzregimen geschaffen. Verkürzt gesagt haben sich die globalen Nord-Süd-Grenzen in die globalen Metropolen verlegt. Das trifft auch auf jene in den „südlichen“, nicht-westlichen Nationen zu. In den urbanen Magnaten der Moderne (Nordamerika, Europa) kam es zu einem „Revival“ von sozialgeographischen Formatierungen, die einst als Modell für Stadtentwicklung allgemein galten. Gemeint ist damit die Entstehung von Slums. Verbunden ist dies mit einer neuen Dynamik von Stadtentwicklung, die eine fragmentierte und widersprüchlich-konfliktreiche Collage unterschiedlichster Lebenswelten und sozialer Positionen generiert. Der Slum war eine urbane Raumfigur, die bis zur stabilen Wirtschaftsentwicklung der Jahrzehnte keynesscher Wirtschaftspolitik im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg zur städtischen Entwicklung dazu gehörte.

Die Wiederkehr von Orten, in denen sich soziale Ungleichheiten geographisch-räumlich manifestieren und Armut und Elend eine Sichtbarkeit gewinnen, muss im Kontext der sich verändernden Gesellschaftslogik der sogenannten „nachfordistischen“ Ökonomie gesehen werden, die sich seitdem entwickelt hat. Während der „Fordismus“ mit seiner wohlfahrtsstaatlichen Einbettung eine gewisse Stabilität, soziale Garantien und Schutz vor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Exklusion geboten hat, entfallen diese in der nachfordistischen Wirtschaft. Für sie gilt die globale Wettbewerbsfähigkeit vor nationalen Schutzmechanismen. Die „Integrationsmaschine“ erzeugt zwischen den globalen, flüchtigen und flexiblen Bewohnern keine Bindungskraft mehr zu den lokalen, immobilen Armen. Auch wenn sich diese neue Gesellschaftslogik nicht direkt in die Verschärfung sozial-räumlicher Gegensätze umsetzt, so bewirkt sie in vielen Fällen doch eine Entkoppelung der Individuen aus sozialen Netzwerken und eine kognitiv-emotionale Orientierungslosigkeit (Anomie). Letzteres führt dazu, dass Menschen im Postfordismus eine direkte, authentische Erfahrung des Raumes als emotionalen Wiedererkennungseffekt suchen. Die brüchiger werdenden Interaktionen mit anderen Stadtbewohnern werden durch visuell-atmosphärische und sozial schwache Bindungen kompensiert. Das bedeutet, dass die Befremdung durch globale Veränderungsprozesse, die sich bis in die eigene Nachbarschaft und den Privatraum zieht, durch Selbst-Management aufgefangen werden soll. Die Schnelllebigkeit der Veränderungen motiviert zu eher

unverbindlichen, oberflächenbezogenen Beziehungen im Nah-Raum. Die neue Raumpolitik bedeutet deshalb, dass es um Ungleichverteilung von Gütern geht. Sie generiert aber auch eine neue Deutungs- und Aneignungsmacht über das direkte Lebensumfeld. Die (Selbst-)Deklaration als „Slum“ oder „Ghetto“ in den westlichen Großstädten erklärt sich heute aus der Logik dieser neuen Raumpolitik. Brennende Banlieue, geplünderte Stadtteile in Großbritannien und ein symbolischer Raumkonflikt um die „multikulturellen“ Stadtteile Berlins ließen sich en Detail als eine solche postfordistische Raumpolitik verstehen. Die symbolische Referenz an den „Slum“, den „sozialen Brennpunkt“ und das „Ghetto“ ermöglichen ein überschaubares negatives wie positives Identifikationsangebot für externe Betrachter wie interne Bewohner. Der Unterschied zur bisherigen Sozialpolitik liegt darin begründet, dass die Raum-Identifikation eher die gesellschaftliche Position bestimmt als umgekehrt: In der modernen Großstadt verstand sich der Arbeiter zuallererst als Arbeiter und identifizierte sich dann dementsprechend mit „seinem“ Viertel. Dort fanden die wichtigen sozialen Beziehungen statt. Für den „flexiblen Menschen“ (R. Sennett) ist es quasi umgekehrt: Zunächst werden Räume aufgesucht, in denen eine symbolisch-repräsentative Identifizierung möglich erscheint und danach werden ansatzweise dazu passende Interaktionen ausgeführt. De facto führt das zu einer größeren Homogenisierung von einzelnen Sozialräumen. Man sucht sich jene Nachbarschaften aus, in denen ein ähnlicher Lebensstil baulich-optisch erkennbar ist.

Die Vereinten Nationen (2007) haben beispielsweise aufgegeben, Slums nach sozialen Kriterien zu definieren, also etwa als die ärmsten Nachbarschaften in einer Stadt. Stattdessen geht man von einer morphologisch-räumlichen Abgrenzbarkeit aus. So dreht sich quasi die Perspektive um: eine Nachbarschaft wird als Slum kategorisiert, wenn sie mindestens zwei der fünf Kriterien erfüllt, nämlich hinreichender Zugang zu bezahlbaren Sanitätsvorkehrungen, Wasser, dauerhafter Wohnung mit genügend Raum für jeden (nicht mehr als drei Personen in einem Raum) und gesicherte Nutzungsrechte (Schutz vor Vertreibung). Durch diesen Perspektivwechsel können individuelle soziale Umstände in einem Slum thematisiert, anstatt dass Lösungen für den ganzen Slum gesucht werden. UN-HABITAT vollzieht somit ansatzweise eine folgerichtige Neuadjustierung des Slum-Begriffs, der die intellektuell-planerische Raumfixierung zugunsten einer Betrachtung der sozialen Lage einzelner Haushalte aufgibt – egal wo sich diese befinden. Die internationale Slum-Forschung (vgl. Günther und Harttgen, 2012) hat sich dem nicht angeschlossen und beharrt darauf, dass nur die Perspektive der Nachbarschaften einen Slum definieren könne. Die soziale Differenzierung innerhalb eines Slums und die dynamische Verräumlichung sozialer Ungleichheiten werden dabei missachtet. Die so produzierten Forschungsergebnisse sind schlichtweg unsinnig, nutzlos und verschwenden enorme Energien. Ein prominentes Beispiel hierfür sind jene Studien, die sich am „Demographic and Health Survey“ (DHS) mit Daten aus 73 Entwicklungsländern (Roma-Slums in Rumänien etc. tauchen natürlich nicht auf bspw.) orientieren. Nachgewiesen werden soll dabei, dass es einen Zusammenhang zwischen Wohnort (Slum), Armut, Überbevölkerung und Gesundheit gibt. Diese, zumeist in Demographie- und Bevölkerungswissenschaften angestellten Studien, unterstützen dabei

implizit Annahmen, die eine gefährliche Entpolitisierung und stattdessen eine „Demographisierung“ (Barlösius und Schiek, 2007) der Gesellschaft befördern. Als Beispiel, wie in der Slum-Forschung „Politik“ zum Verschwinden gebracht wird, möge die Studie von Günther Fink, Isabel Günther und Kenneth Hill (2014) dienen. Anhand von fast 200 ausgewählten statistischen Gebieten, die abstrakt als Slum klassifiziert werden, soll der Zusammenhang zwischen der Gesundheit von Kindern und Aufwachsen in diesen „Slums“ untersucht werden. Im Ergebnis erkennen die Autor_innen implizit an, dass ihre statistische Konstruktion eines „Durchschnittsslums“ nichts mit der Lebenswirklichkeit zu tun hat. Erstens war in dem verwendeten Datensatz unterschiedliches Material verallgemeinert worden (und tauchen etwa die chinesischen Megastädte gar nicht auf). Zweitens werden keine kausalen Zusammenhänge zwischen Lebensort und Gesundheit von Kindern angenommen. Drittens helfe die nachbarschaftsbezogene Perspektive auf Slums nicht wirklich weiter. Die Autoren kommen zu dem hilflosen Endergebnis: „Defining slum neighborhoods is complex“ (A.a.O., S. 1195). Wer Slums ohne eine konzeptionelle Anerkennung von Politik und Gesellschaft untersucht, produziert Vorlagen für Politikprogramme, die angeblich „unpolitisch“ sind. Die demographisierte Slum-Forschung ist deshalb Ausdruck einer globalistisch-neoliberalen Idee von Wissenschaft und Gesellschaft, in dem der „Raum der Politik“ nicht mehr vorkommt.

Slum als Politik

Die neue Logik der Sozialgeographie steuert auf eine verstärkte soziale Homogenisierung an. Ressourcen jeder Art werden eingesetzt, um normative Vorstellungen und Kontrolle auf das Umfeld auszuüben. Diese Diagnose beruht auf der Beobachtung, dass soziale Kontrolle durch direkte und persönliche Interaktion schwieriger herzustellen ist. Gleiches gilt für solidarisches Verhalten und Vertrauen. Diese wurden einst durch Auseinandersetzungen im Laufe von Zeit im Nah-Raum hergestellt. Nun werden sie vor dem Bezug oder der Okkupation von Räumen vorausgesetzt oder erwartet. Dies geschieht entgegengewirkt durch soziale Netzwerke, teilweise auch die virtuellen. Einheimische und ressourcenarme Bewohner sind oftmals von diesen Netzwerken ausgeschlossen. Dementsprechend sind sie vulnerabel für Verdrängungsprozesse. Sie müssen sich bemühen, sich in diese Netzwerke einzukaufen. Das Prinzip der Verräumlichung – Soziale Ungleichheiten in Raumordnungen zu übertragen – wirkt sich dort am stärksten aus, wo es keine intermediären Institutionen, politische Räume der Verhandlung von Konflikten gibt. Prozesse wie die Gentrifizierung und die Vertreibung von sozial schwächeren Gruppen ist dort am stärksten ausgeprägt, wo solche Institutionen fehlen. Dem wurde bislang durch den Wohlfahrtsstaat entgegengewirkt, vor allem auch dem Schutz von Mietern, in dem illegale Praktiken gegen Mieter entgegengewirkt werden können. Auch die am Allgemeinwohl orientierte Stadtplanung hatte dies zu verhindern versucht. Die Paradoxie einer progressiven Anti-Slum-Politik besteht deshalb oftmals darin, dass eine Verräumlichung sozialer Ungleichheiten nicht durch eine raumbezogene Politik erreicht werden kann. Nötig sind raumabstrahierte Politiken. Der Angriff auf die Mieterrechte, die Korruption des Rechtssystems und die für soziale

Differenzen blinde, sogenannte „rationale“ Stadtplanung haben wesentlichen Einfluss auf die Verdrängungsprozesse und die Lebensumstände der schwächsten sozialen Gruppen. Politiken, die sich nur auf die Perspektive des „Slum Upgrading“ fokussiert haben, sind in die „Raumfalle“ gelaufen. Sie haben die grundlegenden Veränderungen in einer Stadt, die sich durch den verschärften gesellschaftlichen Machtkampf ergeben, nicht (an-)erkannt. Die Verbesserung der Lebensbedingungen in einem Slum, haben den Slum als solches jedoch nicht abgeschafft. Stattdessen entstand oftmals ein für die Mittel- und Oberklasse attraktives Lebensgebiet – etwa, weil zentrumsnah oder in attraktiver geographischer Lage: befriedet, aufgemöbelt, verschönert und schließlich für diese Klientel kaufbar. Die einstige Bewohnerschaft bezahlt dafür mit Umzug in ein Wohngebiet, in dem sie von den lebensnotwendigen sozialen Netzwerken ausgeschlossen ist, teilweise von Arbeitsplätzen, Bildungs- und Gesundheitsversorgung abgeschnitten ist oder diese nun wesentlich schwieriger erreichen kann. Der Slum wird weiter stadtgeographisch weiter nach außen verlagert. Die soziale Fragmentierung wird verschärft, die Unterklasse unsichtbar. Das „Slum Upgrading“, das die Weltbank zum größten Teil finanziert, reflektiert diese raumgesellschaftliche Dynamik so wenig wie die „Soziale Stadt“ oder andere Programme der „Stadt-erneuerung“. Die internationalen Beispiele jedoch demonstrieren diese Raumfallen in drastischer Weise: Michael McQuarrie, Naresh Shepard und Cassim Shepard haben in ihren Forschungen zu Golibar in Mumbai (Indien), einem der weltweit größten Slums, diesen Wechsel in der postfordistischen Raumproduktion nachgezeichnet. Mumbai ist durch die weltweite Vernetzung des Weltmarkts zu der indischen Global City geworden. Der innerstädtische Raum wird international gehandelt und weitgehend von globalen Investment-Fonds aufgekauft. Diese Territorien und Gebäude werden nicht mehr nach lokalen Parametern beurteilt: Sie werden stattdessen auf den internationalen Finanzmärkten symbolisch nach globalen Standards und Spekulationen bewertet. Im Ergebnis bedeutet das, dass ein Großteil der gebauten Hochhäuser – es gibt Schätzungen, die von der Hälfte ausgehen – leer steht. Währenddessen frisst sich das internationale Finanzkapital weiter in die Stadt, um vermarktbare Orte zu finden. Ende der neunziger Jahre wurde das „Slum Rehabilitation Scheme“ von der Stadt verabschiedet. Slums sollten aufgewertet werden. Golibar liegt zwischen zwei Hauptverkehrsadern und flughafennah, sowie durch ein angrenzendes hippestes Viertel und hat einen schnellen Zugang zum Business District im Süden Mumbais. Das hat die Aufmerksamkeit einer unsichtbaren Koalition von Inverstoren, Politikern, Planern und Unternehmen gefunden. Auf dem Papier war viel von Rechten der Bewohner von Golibar beim Slum Upgrading die Rede. In der Praxis jedoch rollten die Bulldozer. Proteste der Bewohner von Golibar im Jahr 2010 erreichten zunächst einen Abriss-Stopp, der aber nach relativ hilflosen Aktionen fortgesetzt wurde. Der ungleiche Kampf zwischen globalen (Finanz-)Interessen und lokalen Bedürfnissen verschob sich erst, als es gelang intermediäre Institutionen ins Spiel zu bringen: Durch einen Hungerstreik im Stile Gandhis wurde das Thema national vermittelbar. Eine Öffentlichkeit entstand, in der überhaupt erst Kommunikation zwischen den starken und schwachen Interessen in diesem Power Game hergestellt werden

konnte. Der indische Staat und die indische Zivilgesellschaft waren deren Adresse, an die sich die Bewohner von Golibar wenden konnten. Die Adressierung des globalen Kapitals und seiner Koalitionen hingegen scheint unmöglich. Wie allerdings in der o.g. Forschung deutlich wird, ist die indische Gesellschaft heute keine mehr, in denen die klassischen Institutionen des Nationalstaats von ihrer Funktionslogik, ihrer Reichweite und ihrer Transparenz in einer Weise ansprechbar sind, die vom globalen Verwertungsdruck ausgenommen ist. Forderungen der Slum-Bewohner richteten sich beispielsweise auf die Untersuchung der offensichtlichen Korruption der Ziele des Slum Rehabilitation Scheme. Dies wurde vom zuständigen Minister zu-, aber nach einem Monat wieder abgesagt. Ähnlich unbeständig die Zivilgesellschaft: Lokale und nationale Medien berichteten tagelang über die Proteste – so lange sie stattfanden, aber nicht länger. NGOs wie die NAPM leisten während dieser Zeit Hilfe, ohne dabei langfristig ein bürgerschaftliches Potential aufbauen zu können. Mit anderen Worten, der Protest von Golibar symbolisiert, dass Indiens System der Verhandlung lokaler Konflikte, in denen auf Zeit Lösungen zwischen personifizierten Konfliktparteien gefunden werden kann, bei globalisierten Konflikten ins Leere läuft. Die Autoren der Studie bringen das Problem auf den Punkt: „The slum dwellers mobilized (...) to defend their homes, but defend them from what exactly?“ (S. 323)

Vom Slum lernen

Wenn wir die Perspektiven umkehren und weder von außen nach innen, noch von oben nach unten den Slum in seiner sozialen Hierarchie nachvollziehen, sondern ethnografisch von innen und aus den Augen der Slum-Bewohner, dann lösen sich weder die konzeptionellen noch politik-programmatischen Probleme sofort auf. Vielmehr ist zunächst ein Prozess der Decodierung zu beobachten. Es wird dabei deutlich, warum eine Raumidentität als Slum gesellschaftlich konstruiert wird. Es handelt sich bei dem „Slum“ immer um eine externe wie interne Raumproduktion. Die Dualität von „außen/innen“ und „oben/unten“ lässt sich als eine soziologische Außenseiter-Etablierten-Konfiguration verstehen. Norbert Elias hatte dies bereits in den 1960iger Jahren erkundet und dabei eindringlich beschrieben, wie durch „Klatsch“ – oder wie wir heute vielleicht sagen würden: Diskurse und Narrative – auf den unterschiedlichsten Ebenen Räume fiktiv als Slum identifiziert werden. Diese (Selbst-)Stigmatisierung besteht allerdings nur, wo eine gesellschaftliche Relevanz besteht. Diese besteht in zwei Hinsichten: Zum einen werden damit Ressourcen eingefordert oder verweigert (Kommunikation nach außen). Zum anderen wird eine interne Kohärenz – und somit Kontrolle und Macht – behauptet. Diese Form der gesellschaftlichen Konstruktion von „Slums“ steht in einem losen Verhältnis zu Fragen wirklicher sozialer Verteilung von Gütern. Der Begriff Slum ist von daher nie ein Gradmesser über die objektive Ungleichverteilung von Gütern in einer Stadt. Wenn einmal ein solcher Vorgang der „Verslumung“ eingeleitet wurde, wird er aber potentiell auch real. Eine Art Self-fulfilling prophecy tritt ein. Die Lebensumstände der so stigmatisierten Bewohner verschlechtern sich potentiell tatsächlich. Ohne die Produktion des Slum-Stigmas zu verstehen, wird man diesen Prozess weder

aufhalten noch verändern. Er ist an die gesellschaftliche Reproduktion von Macht und somit Unterordnung gekoppelt. Der Slum ist für Ananya Roy, eine der führenden kritischen Slum-Forscherinnen, in erster Linie der Lebensort der Subaltern. Für Roy (2014) ist der Begriff des Slums angesichts der schier unendlichen Heterogenität von Lebenslagen im Grunde unhaltbar. Sie versteht deshalb die Thematisierung des Slums eher als Stachel im Fleisch der gesellschaftlichen Diskussion über die Frage nach dem zukünftigen urbanen Zusammenleben. Aus ihrer Sicht geht es dabei in erster Linie um eine neue Organisation von Wohlfahrt. In der Analyse des aktuellen indischen Programms „Slum free cities“ konstatiert sie zwei konzeptionelle Dilemma: Erstens die Heroisierung von Armen, die sich wie Mönchhausen am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen können sollen. Die Armen sollen sich durch ihr Unternehmertum in das wirtschaftliche Wachstum integrieren lassen. Armut hat hier nichts mehr mit Ausbeutung, Segregation und sozialen Ungleichheiten zu tun, sondern wird zu einer weiteren Ressource für den Weltmarkt. Wie das Surplus, das fast eine Milliarde armer Inder in Zukunft produzieren, verteilt werden soll, wird politisch tabuisiert. Zweitens reproduziert das indische Programm die Unhinterfragbarkeit von Eigentum. Indem die informellen Siedlungen zu verkaufbarem Land transformiert werden soll, werden die Nutzung und das Eigentum an ein und demselben Raum voneinander entkoppelt. Die für das Überleben notwendige flexible und mobile Raumnutzung, etwa Straßenhandel und temporäres Wohnen, werden erst formalisiert und dadurch kapitalisiert („land to private property and property to commodity“, a.a.O., S. 145). Weitverbreitet ist die Ansicht, dass der erste Schritt (Formalisierung) Rechtssicherheit für die ärmere Bevölkerung herstellt. Die Sicherheit vor der Kommodifizierung wird aber nicht gewährt, so dass viele Betroffene intuitiv eine Formalisierung ihrer Lebensverhältnisse aus dem Wege gehen. Eine Formalisierung benötigt in der Regel bereits Ressourcen (Schriftstücke, Gebühren, Korruption) erfordert und ruft somit neue soziale Spaltungen hervor.

Die von Roy skizzierten Dilemmata speisen sich aus der Entpolitisierung von Stadtentwicklung. Sie verweisen insbesondere auf die historische Verknüpfung der neoliberalen Gesellschaftspolitik mit bestehenden kolonialen Vorstellungswelten. Die Stadt, so lernen wir bereits in den Schriften von Georg Simmel, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch seine Spaziergänge im Berlin der Industrialisierung versuchte, Strukturen in der großstädtischen Unübersichtlichkeit zu entdecken, wird als ein Ort von Chaos gesehen. Diesen Blick hat die moderne Stadtplanung global exportiert und insbesondere die nicht-westlichen Städte als „unplanbar“, „chaotisch“ und in der Tendenz immer negativ exotisiert. Der Topoi des urbanen Chaos diente als Legitimation für den, aus dem Zusammenhang gerissenen Slogan „make no small plans“ (Daniel Burnham), mit dem großspurige Entwürfe für den vollkommenen Neubau von Städten propagiert wurde. Roy (2009) weist die Melange der Perspektiven einer neoliberalen und (post-)kolonialen Idee von der Unplanbarkeit der indischen Städte nach, die eine Revision der Selbstverständlichkeit der etablierten Form von Stadtplanung erzwingen müsste. Slums sind ein integraler Bestandteil einer Perspektive auf die Stadt, in der Informalität und menschenunwürdiges Chaos als „natürlich“ gesehen werden. „Urbanisme“, Urbanismus und Stadtplanung/Stadtentwicklung legitimierten sich

durch das unheilvolle Chaos - einst in den überfüllten Arbeitervierteln Berlins, heute in den globalen Slums. Es ist eine Art Ideologie, die sich um die Analyse der politisch-gesellschaftlichen Gründe für soziale Ungleichheiten durch einen Jargon von Sachlichkeit, Ästhetik, Ingenieurskunst, richterlich-polizeilichen Verordnungen und viel Technokratie und irrelevanter Partizipation herumdrückt. Durch das Ignorieren der Tatsache, dass es in vielen städtischen Problemfeldern nicht ein Allgemeingut, sondern divergierende Interessen gibt, wird Stadtplanung in seiner institutionellen und diskursiven Verortung parteiisch – für die stärkeren Interessen. Die nach wie vor dominante Stadtplanungstheorie der „Rational Planning“ gibt vor nach objektiven, rationalen, problemlösenden Prinzipien „unpolitisch“ zu agieren. In Wirklichkeit setzt sie die Kolonialisierung der städtischen Lebenswelten, so Roy, auch nach dem offiziellen Ende der Kolonialreiche fort. Nach wie vor ist die Dispersion von Vorstellungen über das Leben in der Stadt an eine ungleiche kulturelle Produktion von Modellen gekoppelt. Die Übertragung von urbanen/urbanistischen Lebens- und Planungskonzepten hat sich jedoch erheblich verschleunigt. Die besten Beispiele für die nach wie vor bestehende Zentralität der stadtkulturellen Vorbilder lässt sich an dem „Exportschlager“ Gated communities (abgesperrte, exklusive Reichenviertel) ablesen, den vor allem die Mittelschichten in den BRICS-Ländern von den USA importiert haben. Gleiches gilt für die New Yorker Sicherheitsphilosophie „Zero Tolerance“ und die Konzepte der post-industriellen Rekonvertierung von Branchen. Diese zentralen Rollenmodelle sind in der multinuklearen Welt nicht mehr so auf den „Westen“ festgelegt. Sie diffundieren kreuz und quer über den Globus, werden weiter adaptiert und planerisch transportiert. Beispielsweise als „Shanghaification“ im asiatischen Raum. Gemeint ist die gewaltsame Räumung von Slums zur Errichtung von Central Business Districts. In New Pudong, Shanghai mussten 300.000 Menschen für ein paar Bürotürme weichen. Planerische Vorstellungen vom Leben in der Stadt sind global gesehen verstärkt zirkulär geworden und damit auch offener für progressive Vorstellungen. Das bedeutet, dass die „Slums“ für die westliche Betrachtung nicht die Einladung dazu sein sollten, weiterhin Konzepte der „Reinigung“ und „Aufwertung“ zu exportieren und einen humanistischen Imperialismus oder das Gegenteil: einen unengagierten und selbstgefälligen Zynismus zu rechtfertigen. Vielmehr: von den Slums ist zu lernen (vgl. Eckardt 2014), wie die Konzepte eines deregulierten Staates, einer fragmentierten Gesellschaft und einer vorgeblich politikfreien Stadtplanung sich auswirken; wie sie ohne die Konstitution von Kommunikationsgemeinschaften und Öffentlichkeiten erst zu den HölLEN auf Erden werden können, die sie ohne Zweifel für viele Menschen sind. Zu lernen ist, dass die Konstitution von Staat (jenseits des ethnozentrischen Nationalstaates und des industriell-fordistischen Wohlfahrtsstaates) entscheidend bleibt. Die Erosion von Staatlichkeit, bei der die Kulissen einer Institutionslandschaft pro Forma aufrecht erhalten bleiben, mag die wichtigste Lehre aus der Verslumung der Städte im Globalen Süden sein. Dort kann man zugleich sehen, dass die Herstellung von Öffentlichkeit erst die Konfliktfähigkeit von Anti-Slum-Bewegungen ermöglicht. Das Einfordern von effektiver globaler Staatlichkeit ist die makrogesellschaftliche Lehre. Zirkuläre progressive Kommunikation zu ermöglichen, die neue Modelle urbanen und nachhaltigen Zusammenlebens proliferie-

ren, wäre der Teil, den die westliche Welt aus Eigen-
nutz hierfür beitragen kann. Eine wichtige Innovation
wäre die Umsetzung eines anderen Verständnisses von
Stadtplanung. Sie sollte den eigenen rationalen Ansatz
der Problemlösung ernst nehmen. Eine post-autoritäre
Reflexivität der Problemdefinition wäre hierfür der
Anfang einer neuen Stadtplanung. Sie sollte sich als
Ergebnis einer öffentlichen Auseinandersetzung neu als
Moderator und Anwalt schwacher Interessen positio-
nieren. Die Rückgewinnung der Stadt als öffentliches
Gut und ihre Planung als Prozess der öffentlichen
Kommunikation sind hierfür essentielle Voraus-
setzungen. Planungen sind nicht mehr als Instrumente
für die Lösungen einzelner, separat betrachtbarer und
räumlicher Probleme einzusetzen. Die Anerkennung
dieser Herausforderungen hätte bei der kritischen
Reflektion der Anti-Slum-Programmatik seit den
1970er Jahren erfolgen können. Dazu ist es nun schon
teilweise zu spät, wie die Erosion der lokalen Gesell-
schaften im rasanten Tempo in Südeuropa drastisch
vor Augen führt (Eckardt und Ruiz Sánchez, 2015). Die
Instrumentalisierung von Öffentlichkeit, Politik und
Stadtplanung durch den Vorrang des Privaten und der
starken globalen Interessen wird dennoch weiterhin
kaum problematisiert.

Was bleibt für die Slums?

Respekt, Achtung, Menschenwürde – das sind oftmals
die Themen, die in einer auf Ressourcenverteilung fo-
kussierten Hilfsprogrammatik für Slums und deren
Bewohner zu kurz kommen. Der Kampf um politische,
soziale und kulturelle Anerkennung geht mit dem ein-
her, was man als „Recht auf Stadt“ bezeichnet hat. Die
Definition von Bürgerschaft/Citizenship wird dabei zur
wichtigsten Frage der Auseinandersetzung in städti-
schen Gesellschaften. Die Frage der Anerkennung und
Zugehörigkeit durchzieht aber den gesamten städti-
schen Raum. Sie macht nicht an der imaginierten
Demarkationslinie zum Slum hin Stopp. Das bedeutet,
dass Anerkennungskämpfe hybride, widersprüchliche
und teilweise kontraproduktive Effekte haben können.
Die Zuerkennung besonderer Ressourcen für einen
Slum bekräftigt in der Regel die (informellen) Macht-
hierarchien in dem betreffenden Stadtteil. Materielle
Unterstützung und politisch-gesellschaftliche Struktu-
ren der Stadt und des Slums können nicht voneinander
los betrachtet werden. Anerkennungskämpfe aber fin-
den nicht mehr so sehr in der Weise statt, dass durch
die Konstitution als „subalterner Bürger“ vom Staat
oder den NGOs Ressourcen gefordert werden. Diese
alimentäre Situation ist in Anbetracht der Veräußerung
von grundlegenden öffentlichen Gütern wie Land, Was-
ser, Nahrung oder frische Luft (China) nicht mehr
gegeben. Anerkennung wird nun als Zugangsrecht ver-
standen, das angesichts des Schwindens des
Allgemeinguts andere Formen der Politisierung benö-
tigt. Asef Bayat, der lange die Slums von Teheran und
Kairo untersucht hat, nennt das „Leben als Politik“. Gemeint ist damit ein langsames Vordringen von Akti-
vitäten der Ärmsten, die durch ihre bloße Präsenz und
das Vollziehen von überlebensnotwendigen Handlun-
gen, nach und nach neue Handlungsregime etablieren.
Informalisierung ist nichts Anderes als die Sisyphus-
arbeit derjenigen, die man immer wieder aus der Stadt

vertreiben, denen man immer wieder ihre Hütten zer-
stören und mit vielen anderen Aktivitäten kriminali-
sieren kann. Diese Stadtbewohner verschwinden aber
nicht, irgendwo bauen sie doch wieder eine Hütte auf.
Irgendwie gibt es doch wieder auf der Straße etwas zu
handeln und kommen sie mit Arbeit über den Tag. Die
Beharrlichkeit der Präsenz kann die Persistenz schwie-
riger sozialer Wirklichkeiten langsam abschwächen:
„Das mobilisierende Element des stillen Vordringens,
die institutionellen Fähigkeiten der NGOs und die Ein-
willigung der Behörden“ (Bayat, 2012, S. 123) können
so auf die Dauer erreicht werden. Dies wäre die
Schnittstelle, in der sich der Slum als eine unwichtige
Metapher erweisen wird und die dem Einzelnen mehr
Freiheit einräumen kann.

Literatur:

- Barlösius, E. und D. Schiek (Hrsg.) (2007) Demogra-
phisierung des Gesellschaftlichen: Analysen und
Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands.
Wiesbaden: VS Verlag.
- Bayat, A. (2012) Leben als Politik. Wie ganz normale
Leute den Nahen Osten verändern. Berlin: Assoziati-
on A
- Eckardt, F. (2013) Zur Aktualität von Mike Davis.
Wiesbaden: Springer VS.
- Eckardt, F. (2014) Erneuerung aus der Peripherie. Eu-
ropäische Urbanität in der Krise. In: archithese.
Internationale Zeitschrift für Architektur, 6, 66-71.
- Eckardt, F. und J. Ruiz Sánchez (eds) (2015) City of
crisis: the multiple contestation of Southern European
cities. Bielefeld: transcript.
- Fink, G., I. Günther und K. Hill (2014) Slum Residence
and Child Health in Developing Countries. In Demog-
raphy, 51/4, 1175-1197.
- Günther, I. und K. Hartrtgen (2012) Deadly cities? In-
equalities in mortality in sub-Saharan Africa. In:
Population and Development Review, 38, 469-486.
- McQuarrie, M., N. Fernandes und C. Shepard (2013)
The Field of Struggle, the Office, and the Flat: Protest
and Aspiration in a Mumbai Slum. In: Public Culture,
25/1, 315-348.
- Roy, A. (2009) Why India cannot plan cities: informali-
ty, insurgence, and the idiom of urbanization. In:
Planning Theory, 8/1, 76-87.
- Roy, A. (2014) Slum-free cities of the Asian century:
Postcolonial government and the project of inclusive
growth. In: Singapore Journal of Tropical Geography,
35, 136-150.
- UN-HABITAT (2007) State of the world's cities 2006/7.
London: Earthscan.

Über den Autor:

Bauhaus-Universität Weimar
Prof. Dr. Frank Eckardt
Professur für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung
Professor for urban studies and social research
Belvederer Allee 4
99423 Weimar

E-Mail: Frank.Eckardt@uni-weimar.de

Fünfzehn Thesen zur Flüchtlingskrise

(Erstveröffentlichung im Internet und als Newsletter am 30.09.2015)

von Werner Mittelstaedt

1. Das Recht auf Asyl in Deutschland für Menschen, die aus Ländern flüchten, in denen Kriege stattfinden oder in denen sie aus rassistischen, religiösen, nationalistischen, politischen oder ethnischen Gründen verfolgt werden, darf nicht weiter aufgeweicht werden.
2. Menschen müssen auch ein Recht auf Asyl bekommen, wenn sie aus Ländern kommen, in denen die Lebensverhältnisse so miserabel sind, dass ein menschenwürdiges Leben unmöglich ist (z. B. Flucht aus Gründen des Klimawandels, der Zerstörung der Lebensgrundlagen etwa durch Landgrabbing der reichen Länder des Nordens, der Vernichtung der Lebensgrundlagen von Kleinbauern durch die EU- und US-Agrarpolitik u.v.m.).
3. Deutschland benötigt endlich ein Einwanderungsgesetz. Die Gründe: a) Durch ein Einwanderungsgesetz wird Illegalität vermieden und es werden regulierte Wege der Migration ermöglicht. b) Das derzeitige Zuwanderungsgesetz leistet dies nicht. c) Deutschland benötigt jährlich weit über 500.000 Menschen, die zu uns einwandern müssten, damit es aufgrund seiner demografischen Entwicklung (Überalterung, zu wenige Kinder) sein Lebensniveau halten kann.
4. Sinti und Roma, die aus sogenannten sicheren EU-Staaten (speziell Bulgarien, Rumänien, Serbien) nach Deutschland kommen und Asyl beantragen, sollten aufgrund der starken Diskriminierung, der sie in diesen Ländern ausgesetzt sind, in größerer Anzahl als in den vergangenen Jahrzehnten Asyl erhalten. Darüber hinaus muss die EU mit politischen Mitteln mehr darauf drängen, dass Sinti und Roma in ihren Mitgliedsländern nicht mehr diskriminiert werden. Sinti und Roma in Deutschland in höherer Anzahl als in den vergangenen Jahrzehnten Asyl zu gewähren, wäre auch ein Akt später „Wiedergutmachung“ aufgrund der Verbrechen, die das NS-Regime an Sinti und Roma begangen hat
5. Es muss möglich sein, dass Menschen Asyl in ihren Heimatländern beantragen können, wenn sie in Länder der EU einreisen wollen. Sollte dies realisiert sein, so können sie über sichere Wege in die EU kommen. Damit würde den Schlepperbanden das Handwerk gelegt.
6. Waffenexporte in Krisenländer und in Länder, die Krisen schüren, müssen sofort eingestellt werden. Hier muss Deutschland als drittgrößter Waffenexporteur der Welt eine Vorreiterrolle spielen!
7. Asylbewerberinnen und Asylbewerber sollten möglichst schnell ein Arbeitsvisum erhalten. Ihnen sollten zeitnah Jobangebote gemacht werden und berufliche Perspektiven aufgezeigt werden.
8. Den Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen nach Deutschland kommen, müssen mehr Arbeitsplätze mit unmittelbarer Sprachförderung angeboten werden, die u. U. auch durch die Bundesregierung subventioniert werden sollten.
9. Die Situation für die Menschen in den Kriegs- und Krisenländern des Südens muss durch die Länder des Nordens erheblich verbessert werden, um die Fluchtursachen zu reduzieren. Es muss die neokolonialistische Ausbeutung und die damit verbundene Zerstörung der Umwelt in den Ländern des Südens durch den Norden beendet werden. Die noch intakten gesellschaftlichen Strukturen in den Ländern des Südens müssen bewahrt werden. Eine faire Entwicklungszusammenarbeit ist vonnöten, die sich an den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung orientieren muss. Hilfe zur Selbstentwicklung für die Menschen des Südens muss massiv gefördert werden. Das notwendige Know-how zur Umsetzung der in diesem Punkt angesprochenen Forderungen ist weltweit vorhanden.
10. Die finanzielle Unterstützung der Flüchtlingslager in den Anrainerstaaten der Kriegsländer (insbesondere in der Türkei, in Jordanien und im Libanon) muss ganz erheblich materiell und finanziell durch alle Länder des Nordens verbessert werden. Die Flüchtlingslager müssen in jedweder Hinsicht bessere Lebensbedingungen für ihre Bewohner ermöglichen. Besonders wichtig ist es, ausreichend Schulen in den Flüchtlingslagern einzurichten. Damit würde vermieden, dass die Flüchtlinge aus diesen Flüchtlingslagern den Weg nach Europa nehmen. Würde es bessere Bedingungen in den Flüchtlingslagern geben, dann würden die Menschen in den Flüchtlingslagern bleiben, bis die Kriege zu Ende sind, um dann wieder in ihre Heimatländer zurückzukehren.
11. In Deutschland muss der soziale Wohnungsbau drastisch gefördert werden. Deutschland wird aufgrund der Flüchtlingsströme einerseits und der notwendigen Einwanderung (Zuwanderung) andererseits in den nächsten Jahren sehr viel mehr Wohnraum benötigen.
12. In Deutschland muss die Bundesregierung den Kommunen wesentlich mehr Geld für die Beherbergung und Integration von Flüchtlingen, Asylbewerberinnen, Asylbewerber und Einwanderer (Zuwanderer) zur Verfügung stellen.
13. Mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die die Integration von Flüchtlingen zur Aufgabe haben und die die Koordination der ehrenamtlichen Integrationshelferinnen und -helfer steuern, sind dringend notwendig. Darüber hinaus muss die psychotherapeutische Versorgung von traumatisierten Kriegsflüchtlings deutlich verbessert werden.

14. Es müssen wesentlich mehr Lehrerinnen und Lehrer für den Schulunterricht (Kinder, Jugendliche und Erwachsene) und für die Sprachschulung zur Verfügung gestellt werden.
15. Jede(r) ist aufgefordert, auf Rassismus in jeder Form zu reagieren. Das bedeutet, dass hingesehen und möglichst zeitnah reagiert werden muss, wenn jemand rassistisch angefeindet wird.

Redaktionsschluss war der 30. September 2015

Über den Autor:

Werner Mittelstaedt
Zukunftsforscher und Zukunftsphilosoph

www.werner-mittelstaedt.com

Lee Smolin

Im Universum der Zeit Auf dem Weg zu einem neuen Verständnis des Kosmos



Pantheon 2014, € 24,99, geb., ISBN: 978-3-421-04575-1

Lee Smolin sieht Zeit als die einzige fundamentale Größe des Universums. Alles andere, auch die vermeintlich unabänderlichen Gesetze, unterliegen seiner Auffassung nach der Veränderung in der Zeit. Newtons Gesetze werden vielleicht nicht immer so grundlegend bleiben, wie wir sie heute verstehen. Mit dieser revolutionären Auffassung stellt er die Zeit in den Mittelpunkt unseres Denkens über die Welt und erklärt, welche Auswirkungen das auf uns und auf unser Verständnis der Welt und des Universums hat.

Kommentar: Ein großartiges Buch mit vielen neuen Erkenntnissen. Für alle, die sich mit der Zukunft der menschlichen Zivilisation beschäftigen überrascht Smolin mit wichtigen neuen Gedanken und Erkenntnissen. W.M.

Rolf Kreibich, Fritz Lietsch (Hrsg.)

Zukunft gewinnen! Die sanfte (R)evolution für das 21. Jahrhundert – inspiriert vom Visionär Robert Jungk



Altop-Verlag 2015, 260 Seiten, zahlreiche Abbildungen
€ 24,80. ISBN 978-3-925646-65-2

Die Idee zum Buch „Zukunft gewinnen!“ entstand bei den Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Robert Jungk. Im Mai 2013 waren in Berlin Freunde, Weggefährten, Zukunftsdenker und Zukunftsgestalter zusammengekommen, um den großen Visionär und Humanisten dafür zu ehren, dass er ihr Denken und Handeln entscheidend geprägt hatte. Sein Mut zur Zukunft, sein Enthusiasmus für eine bessere und gerechtere Welt und sein unerschütterlicher Optimismus hatte sie mit dem Gedanken infiziert, dass eine bessere Welt möglich ist und kommen wird. Robert Jungk inspirierte Vordenker unserer Zeit wie Ernst Ulrich von Weizsäcker, Maximilian Gege, Horst Opaschowski, Ulrike von Wiesenau oder Bärbel Höhn. Sie zeigen, dass visionäres, unkonventionelles, vernetztes Denken eine zwingende Voraussetzung für die Gestaltung zukunfts-fähiger Zukünfte ist und möchten mit ihren Beiträgen

die visionäre Kraft Robert Jungks weitergeben und vor allem junge Menschen dazu ermutigen, an großartigen und lohnenden Perspektiven mitzuarbeiten. Nachhaltigkeitsprojekte haben in der Regel viele Gewinner und nur wenige Verlierer. Sie gewinnen Zukunft, weil an oberster Stelle die Gemeinwohlorientierung und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen bei gleichzeitiger Bewahrung und Verwirklichung individueller Freiheiten stehen. Wenn es gelingt, für die Vision der Nachhaltigen Entwicklung die Menschen und insbesondere die jungen Generationen zu begeistern, dann können wir auch optimistisch sein, eine zukunftsfähige und lebenswerte Zukunft für alle zu gewinnen. Dem Zukunftsforscher Rolf Kreibich gebührt großer Dank, dass er das Buch Zukunft gewinnen! möglich gemacht und die großen Gestalter unserer Epoche für dieses Werk zusammengetrommelt hat. Phantasie zum Leben Der 1913 in Berlin geborene, österreichische Publizist und Futurologe Robert Jungk gilt als der Zukunftsdenker im deutschsprachigen Raum. Jungk hat sich frühzeitig Gedanken um überlebensrelevante Zukunftsprobleme der Menschheit gemacht und auch Wege zur Problembewältigung aufgezeigt. Sein Hauptanliegen war eine menschliche Zukunft, seine besondere Stärke die soziale und politische Phantasie. Zukunftsforschung soll nicht unumstößlich verkünden: So wird es sein! Sie soll vielmehr mögliche Zukünfte aufzeigen und sagen: Es könnte so sein, wenn wir nicht Einfluss nehmen auf den vermutlichen Lauf der Entwicklung.

Kommentar: Mein Beitrag mit dem Titel „Kulturleistungen für die nachhaltige Entwicklung“ befindet sich auf den Seiten 73-79. W.M.

Jaron Lanier

Wem gehört die Zukunft?

"Du bist nicht der Kunde der Internetkonzerne. Du bist ihr Produkt."

Spätestens seit den Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden ist klar: Die "schöne neue Welt" nimmt Gestalt an, und es wird höchste Zeit, ihr etwas entgegenzusetzen. Internetpionier und Cyberguru Jaron Lanier liefert eine profunde Analyse der aktuellen Trends in der Netzwerkökonomie, die sich in Richtung Totalüberwachung und Ausbeutung der Massen bewegt.

Kommentar: Jaron Lanier plädiert dafür, dass jeder Nutzer für seine Daten in der digitalen Welt, insbesondere im Internet, Geld bekommen soll. Lanier betont, dass dies die ursprüngliche Idee des Internets war. Die Streitschrift von Lanier ist Pflichtlektüre für alle, die mehr über die Verwendung ihrer persönlichen Daten im Big-Data-Zeitalter wissen wollen. Eine brillante und vielschichtige Analyse der digitalen Welt. Jaron Lanier ist Computerwissenschaftler, Unternehmer, Musiker und Schriftsteller. Er gilt als einer der 300 wichtigsten Erfinder der Geschichte. W.M.



Hoffmann & Campe 2014, € 24,99, geb.
ISBN: 978-3-455-50318-0

Markus Jansen

Digitale Herrschaft



328 Seiten, kartoniert, € 16,80,
Schmetterling Verlag 2015
ISBN 3-89657-076-5

Das hochaktuelle Buch zeigt die gesellschaftliche Bedrohung durch umfassende Digitalisierung auf und geht dabei über breit diskutierte Fragen, wie etwa den NSA-Skandal, hinaus. So werden nicht nur die Macht von Suchmaschinen und Datenbanken, die Funktion von sozialen Netzwerken sowie neuartige Formen der Kontrolle und Überwachung im vernetzten Alltag 2.0 unter die Lupe genommen, sondern auch die tiefen-

wirksame Digitalisierung des Lebens in Biologie und Medizin. Pioniere der Synthetischen Biologie, die eine der führenden Wissenschaften des 21. Jahrhunderts sein wird, definieren „Leben“ im digitalen Code von Eins und Null – Organismen sollen nichts anderes sein als „Informationsmaschinen“. Die längerfristigen Pläne: eine grundlegende Manipulation der Natur im Rahmen technologischer und computergestützter Eingriffe in die Evolution. Was bis vor ein paar Jahren noch wie Science-Fiction geklungen hat, wird im Transhumanismus mehr und mehr zum alltäglichen Lifestyle: Künstliche Intelligenz, Roboter und Cyborgs. Anvisiertes Endziel des Transhumanismus ist die Abschaffung des Homo sapiens durch Technologie, sei es in Gestalt von Robotern oder einer digital-unsterblichen Spezies, die mit der Computer-Technik verschmolzen ist.

Globaler Vorreiter dieser politischen Entwicklung ist Google. Der Autor Markus Jansen bezieht historische Hintergründe in Technik, Wissenschaft und Kultur ebenso mit ein wie ökologische Aspekte der gegenwärtigen Digitalisierung, in der sich eine lange Tradition der technokratischen Herrschaft über die Natur, nicht zuletzt im zerstörerischen Wachstumsdenken, fortsetzt. Jansen wendet sich gegen die materialistische Banalisierung des Lebens und spricht sich für eine grundlegende Korrektur des Verhältnisses zur Technik und zur Natur aus, die in neuen Gemeinschaften, autarken Inseln der Vielfalt und Freiheit, einen Ausdruck finden könnte.

**Ulrich Bartosch / Agnieszka Maluga /
Christiane Bartosch / Michael Schieder (Hrsg.)**

Konstitutionelle Pädagogik als Grundlage demokratischer Entwicklung

**Annäherungen an ein Gespräch
mit Janusz Korczak**



Klinkhardt 2015. 290 Seiten, kartoniert
ISBN 978-3-7815-2049-3, € 21,90

Erziehung im beginnenden 21. Jahrhundert bedarf der Reflexion ihrer konstitutiven demokratischen Bestimmung. Die demokratische Ausrichtung der Gesellschaft – und damit der Erziehung – ist kein garantiertes Naturgesetz.

Die Beschäftigung mit Korczaks konstitutioneller Pädagogik führt unmittelbar in die Grundfrage unserer politischen Ordnungsvorstellung und zu den Bedingungen gelingender Demokratie.

Dieser Band fasst die Beiträge eines Korczak-Symposiums an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt sowie einige ergänzende Aufsätze zusammen. Sie sollen möglichst viele Leserinnen und Leser anregen mit Janusz Korczak ins Gespräch zu gehen.

Michael Hagner

Zur Sache des Buches



Wallstein Verlag 2015, € 17,90, 280 Seiten,
geb., ISBN: 978-3-8353-1547-1

Das gedruckte Buch galt lange Zeit unangefochten als das wichtigste Organ geisteswissenschaftlicher Forschung. Doch in den letzten Jahren ist ein ganzes Gefüge von Medien, Werten und Praktiken in Bewegung geraten. Mit den Möglichkeiten digitaler Forschung und Kommunikation sowie Forderungen nach einer Standardisierung von Publikationen wirkt das Schreiben und Drucken von Büchern bisweilen fast wie ein Anachronismus mit begrenzter Lebensdauer.

Die Kritik am gedruckten Buch offenbart ein Stück Kulturkritik, die ihr Unbehagen an der Gegenwart mit einer übertriebenen Erwartung an die technischen Möglichkeiten des Digitalen verbindet. Anstatt die unterschiedlichen Stärken von Papier und Digitalisat hervorzuheben und zu fragen, wo mögliche Synergien liegen könnten, wird ein rivalisierender Gegensatz zwischen beiden postuliert, der eine Entscheidung verlangt.

In seinem neuen Buch verbindet Michael Hagner seine Analyse der digitalen Kulturkritik am Buch mit einer gründlichen Betrachtung von Open Access. Dabei durchleuchtet er auch jenes Phänomen, das für die gegenwärtige Krise des Buches mit verantwortlich ist: das unübersehbare Angebot an wissenschaftlicher Literatur.

Kommentar: Ein brillantes Plädoyer für das gute alte Buch, das noch aus Papier besteht. Dazu ein außerordentlich lehrreiches und unterhaltsames Buch. W.M.

Michael Hampe
Die Lehren der Philosophie
Eine Kritik



Suhrkamp Verlag 2014, € 24,95, 455 Seiten,
geb., ISBN 978-3-518-58605-1

»Das Leben ist kein Argumentationsgang.«

Was will die Philosophie? Michael Hampe stellt fest: Sie will belehren und erziehen. Zu diesem Zweck stellt sie Behauptungen auf. Aristoteles behauptet, dass die Welt ewig ist, Thomas von Aquin, dass sie geschaffen wurde. Descartes behauptet, dass es zwei, Spinoza, dass es nur eine Substanz gibt. Und so weiter. Doch was ist das eigentlich für ein Vorhaben – andere belehren? Und hat nicht schon Sokrates dieses Projekt in Frage gestellt?

Hampe untersucht das komplizierte Verhältnis von Philosophie, Erziehung und Erzählung und entwickelt eine sokratisch inspirierte Kritik philosophischer Lehren. Behaupten ist ihm zufolge nur dann ein sinnvolles Projekt, wenn man erklären kann. Erklären ist aber etwas Anderes, als Gefolgschaft zu Behauptungen zu organisieren. Es heißt, zu erzählen: von Prozessen der Selbsterkenntnis – von den Leben derer, denen etwas einleuchtet. In diesem Sinne sind Sophokles und Proust Philosophen. Und erziehen heißt nicht, Menschen dazu zu bringen, Neues über die Welt zu behaupten, sondern dazu, von ihr zu berichten, die Verhältnisse auf ihr zu kritisieren. Das wusste schon John Dewey.

Die Lehren der Philosophie ist Einführung, Kritik und Utopie in einem. Hampe zeigt, wie und warum die Philosophie zu dem geworden ist, was sie heute ist: ein akademisches Karriereprogramm, ein zahnloser Tiger im Dschungel der Welt. Und was sie (wieder) sein könnte, wenn sie sich von ihrem doktrinären Anspruch verabschieden würde: ein besonderer Ort des Nachdenkens über das menschliche Leben.

Kommentar: Das Buch ist ein Glücksfall!

Welthandelskonferenz:
Großes Drama, aber kleiner Fortschritt
WTO: Germanwatch begrüßt sofortiges Ende
für (fast alle) Exportsubventionen /
Entwicklungsländer verhindern
Ausweitung der Agenda

Nairobi (20. Dez. 2015). Trotz zähen und teilweise chaotischen Verhandlungen ist es den Handelsministern der 164 WTO-Mitgliedsländer gelungen, eine neue Krise der Organisation zu verhindern. 30 Stunden nach dem ursprünglich vorgesehenen Ende der Konferenz einigten sich die Mitglieder darauf, Exportsubventionen für landwirtschaftliche Güter mit sofortiger Wirkung zu verbieten. Allerdings dürfen die Schweiz, Norwegen und Kanada bis zum Jahr 2020 noch den Export von Milchprodukten und die EU die Ausfuhr von bis zu 95.000 Tonnen Schweinefleisch subventionieren.

"Die Ausnahmeregelungen für Milch und vor allem Schweinefleisch sind ein Wermutstropfen in dieser guten und längst überfälligen Entscheidung", so Tobias Reichert, Teamleiter für Welternährung und Handel bei Germanwatch. "Vor allem dass die Ausnahme für Schweinefleisch noch in der letzten Nacht der Verhandlungen hinzugefügt wurde, gibt Anlass zur Besorgnis. Anscheinend will sich die EU hier in den nächsten fünf Jahren doch noch ein Hintertürchen offen halten."

Keine Einigung konnten die WTO-Mitglieder darüber erzielen, ob die Verhandlungen der Doha-Runde für die ausstehenden Themen wie allgemeine Agrarsubventionen und Marktzugang für Industriegüter der Doha-Agenda fortgesetzt werden sollen. Die große Mehrheit der Entwicklungsländer fordert dies, während die großen Industriestaaten die ausstehenden Themen in einem "neuen Ansatz" verhandeln und - noch wichtiger - die Verhandlungen auch für zusätzliche Themen öffnen wollen. In der Ministererklärung wird dieser Dissens offen dargestellt und die Verhandler damit beauftragt, Wege zu finden, wie die Verhandlungen fortgesetzt werden können.

"Die Entwicklungsländer haben dem Druck der USA, EU und Japans widerstanden, umstrittene Themen wie Investitionen und öffentliche Beschaffung wieder auf die WTO-Agenda zu nehmen, und damit der weiteren Deregulierung in der WTO erst einmal einen Riegel vorgeschoben", so Reichert. "Ob es möglich sein wird, entwicklungspolitisch wichtige Probleme wie die indirekten Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte oder besseren Schutz der großen Zahl von Kleinbauern gegen stark steigende und nicht nachhaltige Importe zu lösen, ist derzeit nicht abzusehen."

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn